

Wirtschaft

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das "Wirtschaft" erscheint mit täglichen Beilagen sowie "Welt und Zeit". Es ist Substitutionsorgan der größten sozialistischen u. demokratischen Organisationen u. amtlich. Organ vertrieben. Vertriebsstellen: Gr. Wärfelstraße 4, Postfach 246/5, 246/7, 246/8. Vertriebsstellen: Kaufmännische Lehranstalt, Postfach 101/2. Einzelne Exemplare 15 Pfennig. Inverkauft einzeln 15 Pfennig. Bestellungen an den Verleger.

Bezugspreis monatlich 2,00 RM., u. 0,30 RM. Substitutionsgebühr, insgesamt 2,30 RM., für 6 Wochen monatlich 0,50 RM., Wochenspreis 2,30 RM., durch Postboten geschickt 2,50 RM., bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,00 RM. - Einzelpreis 15 Pf. im Umkreis und 20 Pf. im Restgebiet der Reichweite. Hauptvertriebsstelle: Gr. Wärfelstraße 4, Postfach 246/5, 246/7, 246/8. Vertriebsstellen: Postfach 101/2.

Die werktätigen Massen sollen die Kosten tragen

Konsumvereins- und Warenhaussteuer

Dafür schützt der Brüningblock die zahlungsfähigen Kreise vor einem Notopfer

Die Reichsregierung hat am Donnerstag durch die in ihr vertretenen Parteien das neue Finanzkompromiß dem Reichstag vorlegen lassen: Erhöhung der Einkommensteuer um 50 Prozent, Erhöhung der Umsatzsteuer, Steuer gegen die Konsumvereine.

Eine Mehrheit dafür hat sie bisher nicht. Die Mehrzahl der Parteien macht immer noch nicht mit. Sie hat sich am Donnerstagabend wiederum bis spät in die Nacht hinein mit der Biersteuer befaßt und darüber beraten, ob sie gegebenenfalls eine 40- oder 50prozentige Erhöhung mitbringen kann. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Lieber die Erhöhung innerhalb der Fraktion hört man jedoch, daß sie in ihrer übergrößen Mehrheit einer Biersteuererhöhung über 25 Prozent hinaus nicht zustimmen gedenkt und den durch diese Herabsetzung des Bruttoeinkommens entstehenden Anfall an Einnahmen insbesondere durch ein sogenanntes Notopfer decken will.

Die deutschnationalen Reichstagsfraktion hat inoffiziell als Vorschlagsantrag zu dem Gesetzentwurf über Zolländerungen bei Wein und Weinöl das gesamte Agrarprogramm der Reichsregierung eingebracht. Die Regierungsparteien erklären: Ohne Deckungsprogramm wollen keine Agrargesetze. Die deutschnationalen wollen keine Agrargesetze mit dem Kompromiß verknüpfen. Beide Kontrahenten stehen einander mit dem größten Mißtrauen gegenüber. Der Grundlag der Fraktion: Ein Mann, ein Wort, gilt für ihren Stand nicht. Jeder steht bei dem anderen betrogen zu werden.

Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags stand am Donnerstag die Vorlage zur Erneuerung der Arbeitslosenversicherung zur Beratung. Abg. Kufhäuser erklärte, daß die Sozialdemokratie noch nie vor der Erneuerung des Finanzminister Wobbenauer mit eingeschickter Kompromißvorlage vom 5. März als die einzige Möglichkeit zur Sicherung der Unterhaltungsleistungen vertrete. Die bei den Herbstberatungen geschätzten Durchschnittsziffern der Erwerbslosen sind durch die Katastrophenpolitik des Herrn Schacht und der Deutschen Volkspartei inzwischen weit überschritten worden. Eine Arbeitsbeschaffung ist von jener Seite durch die Kapitalperze der öffentlichen Wirtschaftsbetriebe eine völlige Sabotage des Sozialrechts künstlich erzeugt worden. Zentrum und Demokraten haben bis zum Wannenseer Parteitag der Deutschen Volkspartei auf dem Boden der Kompromißvorlage gestanden, erst nach Wobbenauer erlag auch das Zentrum der Offenheit der vorkompromittierten Seite, die unter Aufbebung der notwendigen Finanzierung nur noch die Herabsetzung der Arbeitslosenversicherung zum Ziele hatte. Der Ansturm auf die Arbeitslosenversicherung fiel, wie sich nachträglich bestätigt hat, zeitlich mit den Vorbereitungen zur Schaffung einer Bürgerblockregierung zusammen, der Angriff auf die Lebenshaltung der Arbeiter und Angehörigen konnte nur unter Sprengung der alten Kompromißvorlage eingeleitet werden. Das Kompromißverständnis bedeutet die

Arbeitslosenkompromiß gefallen

Wissell gegen die Sozialreaktion

Bezug des Zentrums unter den Wägen der Deutschen Volkspartei.

Es soll mit einem schon heute schmerzhaften Legefall in das neue Gesetz eingetretet werden, um die Reichsanleihe durch Profiteure der Vermögenslosen in wenigen Monaten zu dem längst ersehnten Erfüllungspunkt zu bringen. Die Sozialdemokratie hat 1927 in der Opposition das Arbeitslosenversicherungsgesetz mit geschaffen und gefordert. Sie wird auch heute außerhalb der Regierung die nötige Kraft entfalten, um den Abbau dieser wichtigen sozialen Erwerbslosen zu verhindern.

Abg. Esser sucht die Lösung des Zentrums zu verteidigen, sein Parteifreund Brüning hätte nicht nur der Volkspartei, sondern auch der Sozialdemokratie entgegenkommen wollen.

Abg. Dr. Pfeffer (D. V.) bekämpft die Kompromißvorlage seines Parteifreundes Wobbenauer. Er hofft, daß die neue Regierung einen anderen Standpunkt einnehmen werde, als der bisherige Arbeitsminister Wissell, der die Leistungen der Arbeitslosenversicherung geradezu unüberwindlich verteidigt hat.

Abg. Wissell erklärt, daß durch den Kompromißantrag die bisherige ungenügende Darlehenspflicht des Reiches aufgehoben und damit die Verbesserung in Gehalt gebracht wird. Der zugrunde gelegte Erwerbslosenbruchteil von 1,2 Millionen ist noch dem vom Reber

bevorzugten amtlichen Zahlen viel zu niedrig angenommen. Das Institut für Konjunkturforschung kommt einschlägig der Arbeiterunterstützung bereits zu einer Durchschnittsziffer von 1,5 bis 1,7 Millionen. In den ersten drei Monaten 1930 war bereits die Durchschnittsziffer höher als in der Zeit

des obigen Winters von 1929. Im Verlauf des Reichstags hat der Abg. Raumer von der Deutschen Volkspartei auf den Finanzminister Wobbenauer die Leistungen abgefragt: „Was sollen wir auch machen, wenn kein Geld da ist.“ Die Deutsche Volkspartei hat auch heute wiederum ihre ablehnende Haltung gegen jede Beitragserhöhung ausgesprochen.

In der Kompromißvorlage hatten die Sozialdemokraten in den Punkten, in denen der Reichstag hinsichtlich der Zuwendungen an die Arbeitslosenversicherung Änderungen von insgesamt 45 Millionen Mark vornahm, die Wiederherstellung der Kompromißvorlage beantragt.

In den folgenden Abstimmungen wurde der Kompromißantrag der Regierungspartei mit 12 gegen 12 Stimmen bei Enthaltung der deutschnationalen abgelehnt. Ebenso wurde die Kompromißvorlage, abgesehen von einer einzelnen formalen Bestimmung, abgelehnt. Gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten wurde der Artikel II der Kompromißvorlage abgelehnt, der die Überweisung aus Solidarität für die Arbeitslosenversicherung von 40 auf 20 Millionen Mark beabsichtigt. Eine Geschäftslegung der Regierungspartei, wonach die Reichsregierung am 1. Juli 1930 eine Vorlage zur Erneuerung der Arbeitslosenversicherung machen soll, wurde abgelehnt, da die Sozialdemokraten statt dieser Beschleunigung die sofortige Einleitung forderten.

Das gleiche Abstimmungsergebnis im Ausschuss haben die Regierungspartei die Kompromißvorlage ihres Finanzministers Wobbenauer, die Sozialdemokraten und Kommunisten den auf Leistungsbau gerichteten Kompromißantrag Brüning zu Fall gebracht.

Vor dem Ende der Flottenkonferenz

Der Inhalt des Dreimächtepaktes

Die letzte Meinungsverschiedenheit zwischen den Japanern einerseits und den Engländern und Amerikanern andererseits ist am Donnerstagmorgen aufgelöst worden. Es steht der Flottenkonferenz jetzt frei, in jedem beliebigen Augenblick den Dreimächtepakt für eine vollendete Tatsache zu erklären und zur Ausarbeitung der nötigen Protokolle zu scheitern. Die erarbeitete Abfassung entzogen dem Wunsch Japans, fünf von seinen älteren Kreuzern in Schiffschiffe umzuwandeln und sofort durch Neubauten zu ersetzen. Man hat den Japanern nun das Recht zugestanden, drei von den fraglichen Kreuzern umzuwandeln, Japan hat sich damit zufrieden erklärt.

Im Unterhaus die angelegte Erklärung über die Flottenkonferenz ab. Er freue sich, sagen zu können, daß heute vormittag ein einträgliches Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten, Japan und Großbritannien über ein Marineprogramm erreicht worden sei, das alle Schiffsfragen umfaßt. Verschiedene strittige Punkte, die seit Beginn der Konferenz von Zeit zu Zeit auf dem Wege zur Klärung behandelten, seien geregelt worden. Die Unterschiede in den Marinebedürfnissen Frankreichs und Italiens hätten sich als zu gering erwiesen und seien hier nicht geäußert worden. Es werde daher auf der nächsten Konferenz vorgeschlagen, daß die jetzt erreichten Vereinbarungen unterzeichnet werden und daß die Konferenz verlagert werde unter der Voraussetzung, daß Frankreich, Italien und England ihre Bemühungen fortsetzen werden, um zu einer Vereinbarung zu gelangen, die im Einklang steht mit der Vereinbarung, die zwischen den Vereinigten Staaten, Japan und England selbst erreicht worden sei.

Die Grundzüge des Dreimächtepaktes werden sein: Ein Vertrag für Schiffschiffe sowie die Herabsetzung der japanischen Flotte auf 40 Prozent der amerikanischen in schweren Kreuzern und 70 Prozent in leichten Kreuzern und Zerstörern. Die japanische U-Boot-Flotte wird der englischen und amerikanischen gleichgestellt.

Getreu seiner Verpflichtung während der vergangenen drei Konferenzmonate hat der amerikanische Delegierte Morrow am Donnerstag noch einen letzten Versuch unternommen, den Franzosen die Beteiligung an dem Vertrag vorgezogen zu machen. Ueber die Grundzüge seiner Vorschläge ist in einzelnen noch nichts bekannt, außer der Tatsache, daß er sich jedenfalls nicht auf ein als fünf Wägen umfassendes Schema von Gesamtanlagenswerten erstreckt. Auch in besten Falle werden daher Amerika, England und Japan nicht demzufolge verzichten können, an den Dreimächtepakt einen Vorbehalt anzuhängen, der ihnen Handlungsfreiheit verschafft, falls irgendeine andere Macht, das heißt Frankreich, während der vorgesehenen fünfjährigen Vertragsdauer das Gleichgewicht durch unermessliche Neubauten stören sollte.

Nach der Erklärung des Premierministers (siehe S. 1), der einzige Punkt, über den die heute vorgelegte Erklärung haben möchte, ist der Dreimächtepakt. Sie möchte wissen, wann und in welcher Weise diese Vereinbarung Gültigkeit erhalten wird. Der liberale Abgeordnete Sir Herbert Samuel sprach sein Bedauern darüber aus, daß es nicht gelungen sei, den Erfolg vollständig zu gestalten.

MacDonald über das Ergebnis der Flottenkonferenz.

London, 10. April. Heute abend gegen 9.30 Uhr gab Mac Donald

MacDonald erwiderte: Was die Methode der Intraffizierung des Abkommens angeht, so ist mir nicht bekannt, in welcher Weise dies nach der japanischen Verfassung vollzogen wird. In den Vereinigten Staaten wird das Abkommen dem Senat vorgelegt werden und ich nehme an, daß dies selbst wie möglich geschehen wird. Was uns betrifft, so wird das Abkommen, wenn es die Form eines Vertrages erhalten soll, in der üblichen Weise ratifiziert werden. In der Zwischenzeit zwischen der Unterzeichnung und der Ratifizierung wird das Unterhaus bestimmt Gelegenheit erhalten, seiner Ansicht über den Inhalt des Abkommens Ausdruck zu verleihen.

Sankt Thüringen verfassungswidrig?

Beratungen in Berlin.

Im Reichsministerium des Innern sind am Donnerstag, wie offiziell mitgeteilt wird, eine eingehende Aussprache des Reichsministers Dr. Wirth mit dem Vorsitzenden des thüringischen Staatsministeriums Baum statt. Gegenstand der Aussprache bildeten außer den weiter zurückliegenden Schwierigkeiten besonders die Zweifel, die hinsichtlich der Frage bestehen, ob der § 3 Absatz 1 des Thüringischen Verfassungsgesetzes vom 1. April 1920 der Reichsverfassung vereinbar ist. Die thüringische Staatsregierung tritt Anfang der kommenden Woche über die Art und Weise, wie diese Zweifel aufzuklären sein werden (wie es Artikel 13 Absatz 2 der Reichsverfassung vorseht), Beschluß fassen und gleichzeitig zu der Frage einer Erhebung der sonst noch bestehenden Differenzen abschließende Stellung nehmen. Bei der

Streitfrage zwischen Thüringen und dem Reich handelt es sich um die sogenannten „möglicherweise erworbenen Rechte der Beamten“, die nach der Reichsverfassung gewahrt werden müssen. Das thüringische Ermächtigungsgesetz, das bei seiner Annahme nicht die verfassungsändernde Mehrheit fand, will der Regierung die Möglichkeit geben, eine große Zahl von Beamten abzubauen und auf Vorkosten zu setzen. Das Reichsministerium des Innern hält diese Maßnahme für verfassungswidrig und hat aus diesem Grunde das Abwägungsgesetz beantragt. Der in der offiziellen Mitteilung erwähnte Artikel 13 der Reichsverfassung gibt der Reichsregierung die Möglichkeit, erst die Entscheidung des Reichsgerichts anzurufen, um die Innehaltung der Verfassung durch eine Landesregierung zu erzwingen. Die

Ausfälle zur thüringischen Polizei

bleiben auch weiterhin gesperrt. Über diese Streitfrage ist zwischen Wirth und Baum, wie der „Eos. Pressebericht“ erzählt, einstweilen auch nicht verhandelt worden. Unrichtig ist die in verschiedenen Blättern verbreitete Meldung, die Erhebung sei dadurch ausgesetzt worden, daß Thüringen schon größere Vorstöße auf die Besetzungen erhalten habe. In Wirklichkeit sind solche Vorstöße nicht gegeben worden.

Serabgelegte Fleischration in Russland.

Die „Rostocker Zeitung“ meldet aus Rostok: Die Sowjet-Regierung hat eine erhebliche Herabsetzung der bisher auf Karten gewohnten Fleischrationen angeordnet. Während der nächsten sechs Monate erhalten die besorgten Klassen, als Arbeiter und Angestellte, an 21 Tagen jedes Monats je 100 Gramm. Nur in den Hauptarbeitertagen, also in Rostok, Seningrad sowie im Don-Koblen- und Kaspisker Revier werden die doppelten Rationen ausgegeben.

Diese empfindliche Einschränkung der Fleischration ist durch den starken Rückgang des Viehbestandes als Folge der Massenfluchtungen notwendig, die von den Bauern der Eintritt in Kollektivwirtschaften durchgegriffen worden sind, um sich der Enteignung zu entziehen. Auch hat die zu hoch durchgeführte Beschlagnahme von Futtermitteln Viehfluchtungen veranlaßt.

Berliner Kunstschau.

In einer Zeit der Not und Krisen wie der unsrigen konnte es nicht anstehen, daß sich zu etwas als einem „Kunst- und Kunst-Veranstaltung“ aus. Und unter unseren Kunstschaffern eine große Anzahl moderner Menschen, die sich sagen, daß man nicht immer und ewig so weiterarbeiten könne wie zu Großvaters Zeiten, in denen, wie Karl Schöffler einmal treffend bemerkt hat, „humm die Behauptung aufgestellt wurde: Jeht, je groß war die Vergangenheit! Keine Zukunft wird solche Höhe jemals wieder erreichen.“ Es heißt, wenn man genau hinsieht, ein durchaus realistischer Geist in diesem Museum-Betrieb alten Stils. Und gerade in der Reichskunstschau hat er sich noch zu erhalten. Das Kaiser-Friedrich-Museum ist genau so gestrichelt, wie es Robe, damals freilich ein kleiner Revisor, vor mehr als zwanzig Jahren eingerichtet hat. Ungeheure Summen werden in das „Deutsche Museum“ auf der Museumsinsel verhaucht; für die Aufstellung der aussergewöhnlichen Bouleaus sind ein Auftrag für Ergänzungsstücke in echtem Material vergeben worden, die hunderte Quadratmeter umfassen sollen. Der Vortragsführer der modernen Kunstschaffern, Max Sauer, laßt in seinem Vortrag daran die Frage: „Wann ist möglicherweise der nächste Höhepunkt der Kunstgeschichte ein langerer Künstler zur Verfügung gestellt, um doch so viele noch Wänden schreiben, um ihre wertvollsten Kräfte auszuwirken?“

Gegen den nach Fritz Wiherts Wort „an Waldstein grenzenden Viktorismus“ des 19. Jahrhunderts, der, wie man sieht, noch längst nicht flüchtet ist, gegen die Vernachlässigung der Gegenwart zugunsten der Toten, wendet sich eine neue Heilskraft, die der Direktor der Berliner Nationalgalerie, Ludwig Justi, unter dem Titel: „Museum der Gegenwart“ herausgibt. In ihrem ersten Heft wendet sich der Verfasser an die Kunstschaffenden, die in der Nationalgalerie, seine Nationalgalerie, es ist geradezu grotesk, wie eine Sammlung, die

Grundstücksschiebungen in Berlin

Wie bürgerliche Politiker für sich und ihre Parteien auf Kosten der Allgemeinheit sorgen

Im Untersuchungsausschuß zur Prüfung der Mißstände in der Berliner Stadterweiterung wurde der Grundstücksmakler Wulfschneider benannt, der leinseitig mit dem Besitzer Riepert den Auftrag bekam, das Gut Marienfelde zu verkaufen. Er hat es der Güterverwaltung der Stadt Berlin angeboten für den Preis von 2 Mark pro Quadratmeter. Das Angebot ist schriftlich abschließend beschieden worden. Bekannte haben ihm darauf geraten, mit dem Kaufmann Felix Günther Verbindungen zu haben. Das sei auch einige Wochen später, also im September 1925, geschehen. Bei dieser Unterredung habe Günther die schriftliche Ablehnung der Stadt zurückgegeben. Er habe dabei hingewiesen, daß es sich hierbei offenbar um ein Verleihen des Stadtrats durch handeln müßte. Demals habe er, der Zeuge, noch nicht gewußt, daß Günther Angestellter der Gesellschaft Betrola, einem Unternehmen des Statibars in Wulfsch, war. Günther ist dann später Mitglied des Stadtrats Wulfsch in dieser Gesellschaft geworden. Er wurde als Vertrauensmann des Stadtrats bezeichnet, wo diese nicht in Erscheinung treten wollte. Günther hat gesagt, was er dabei vorbringen konnte. Darauf habe er sich Günther gegenüber bereit erklärt, ihn an der Provision in Briefen von Günther bekommen, den er wörtlich verliest. In diesem Schreiben wird er angefordert, an die

Wulfschgesellschaft des heutigen Mittelstandes 3000 bis 5000 Mark zu zahlen.

Je höher die Zahlung sei, desto eher könne er mit der Entscheidung des Gerichtes rechnen. Riepert, dem er von diesem Briefe Kenntnis gegeben hat, ist darüber ebenso empört gewesen wie er. Auf Druck von Günther, der sich an der Provision möglichst hoch beteiligen wollte, habe er dann höhere Provisionsätze vereinbart, und zwar 7 Prozent bei 2 Mark pro Quadratmeter und 5 Prozent, falls darunter verkauft wird. Es sind ihm dann aber doch Bedenken gekommen und er habe dieses Einverständnis schriftlich zurückgegeben.

Wörtlich verliest nun Zeuge Wulfschneider den Brief, den ihm danach Günther geschrieben hat. Es heißt darin, daß Günther mit diesen nicht-legenden Worten nicht anfangen könne. Er bitte ihn, nunmehr Riepert und Riepert zu sagen, ob er an ihn 200 000 Mark Provision zahlen wolle. Darüber hinaus aber müßte er für die Wulfschgesellschaft für die bevorstehende Wulfsch-Wulfschvertrag von 5000 Mark spenden. (Stärke Steuergeld). Dieses Ansuchen habe er kategorisch abgelehnt.

Darauf hätten sich die Verhandlungen hingezogen, weil Wulfsch auf dem Standpunkt stand, im Winter könne man ein Rittergut nicht beschreiben. Die Wulfschgesellschaft hat dann im Frühjahr 1926 stattgegeben. Wulfsch wollte dann nur 1,20 Mark pro Quadratmeter zahlen, hat dann aber die Verhandlungen weiter hinausverlagert, bis Ende 1928, und ihn immer mit nichtslegenden Versprechungen verdrängte. Im April 1929 habe er dann erfahren, daß das Gut Marienfelde von der Stadt gekauft

worden ist. Seine Provisionsansprüche sind abgelehnt worden, so daß er schließlich Klage deswegen angehängt hat, die jetzt noch läuft. Unter dem Vorbehalt, daß er darüber aus eigener Wahrnehmung nichts wisse, sondern sich darauf beschränken muß, nur das mitzugesagen, was er gehört hat, erklärt der Zeuge, daß Stadtrat Wulfsch in diesem Falle im letzten Augenblick einen anderen Makler dazwischengeschoben habe, der Alfons Pollack heißt. Es seien im ganzen 150 000 Mark Provisionen gezahlt worden, außerdem aber seien für die Sportwoche 50 000 Mark gegeben worden. Diese 150 000 Mark sind zu verteilt worden, daß 62 500 Mark der erste Makler Rechner und 87 500 Mark Pollack bekommen haben. Pollack soll davon 70 000 Mark an Wulfsch abgeführt haben. (Große Bewegung.)

Zum Schluß bekundet der Zeuge, daß Günther, nachdem er seine Klage eingereicht hat, persönlich an ihn herangetreten ist, um Einigungsbedingungen anzunehmen. Man hat ihm 50 000 Mark geboten. Er habe aber dieses Angebot abgelehnt, angehängt hat, die jetzt noch läuft.

Diktaturtätigkeit in Rumänien

Während die Regierung Maniu sich inmitten einer anhaltenden schweren Krise befindet, richtet sich die rumänische Opposition zu einer Ausdehnung unter deren Einfluß zuerst das gesamte innenpolitische Leben Rumaniens fest. Sowohl liberale wie Radikale erklären in einer an das Volk gerichteten Manifestation, daß das rumänische Volk sich niemals dem Jochden seitens der Maniu-Regierung vertieren.

Diktatur-Gesetz über sog. Marmelungen, wozu alle, die über die Rumänien am Ruder

bestehende Radikaler Regierung auch nur das geringste Recht in irgendeiner Form besitzen, mit Gehalts von 6 Monaten bis zu 3 Jahren bestraft werden.

untermerken wird. Der Kaiser fordert alle Bürger, die sich ihrer Rechte bewußt sind, auf, sich über diese dem Gesetz nicht zu unterwerfen, da dieses Gesetz nur durch die Beilegung der verfassungsmäßigen Rechte geschaffen werden konnte und nur allein zu dem Zweck gemacht wurde, die öffentliche Freiheit und die Presse in Rumänien in Fesseln zu legen, damit sich die Regierung Maniu, eine Regierung ewiger Mißbräuche und der Zynismus, an der Macht halte und die Aktion zur Abdankung des Landes unter Duldung und Mitwirkung des gegenwärtigen Regimes sich entfalten kann. Die Opposition werde jeden Versuch der Annahme dieses Gesetzes vor die öffentliche Meinung und vor die Justiz bringen, welches eine Grundlage für weitere zukünftige Diktaturbestrebungen Manius darstellt.

Die Unruhen in Indochina.

Paris, den 10. April.

Auf Vorschlag des Kolonialministers beschloß die Kammer, zwei Interpellationen über die Vorgänge in Indochina sofort nach Orien zur Debatte zu stellen. Bereits heute gab der Kolonialminister Aufschluß über die Verluste auf französischer Seite. Danach wurden drei französische Offiziere und vier Unteroffiziere sowie fünf annamitische Soldaten getötet, zwei französische Offiziere, zwei Unteroffiziere und sechs annamitische Soldaten verletzt. Angehörig dieser schwerwiegenden Zahlen habe man energig eingestanden müssen. Einer der Interpellanten, der radikalisierte Abgeordnete Zaitinger, bezeichnete es als paradox, daß Frankreich in der Sowjet-Regierung Beziehungen unterhalte, deren Bekannte in den französischen Kolonien Unruhen stiften. Der Sozialist Roulet protestierte gegen die Strafexpeditionen, die gegen die Dörfer, in die die Rebellen sich geflüchtet haben, unternommen worden seien. Der Kolonialminister wies darauf hin, daß die besondere Rechtsprechungskommission für Indochina über sämtliche Fälle zu entscheiden habe und eine Begnadigungsmaßnahme vom Präsidenten der Republik abhänge.

Ergebnislose Regierungswahl in Sachsen

Verhandlungen um die Regierungsbildung.

Am Donnerstagmorgen fand eine lose Abstimmung zwischen Vertretern der sächsischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten statt. Es wurde festgestellt, daß die Volkspartei nicht geneigt ist, ohne die Wulfschgesellschaft in Verhandlungen über die Neubildung der Regierung einzutreten. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat daraufhin an die demokratische Landtagsfraktion ein Schreiben gerichtet, in dem gesagt wird, daß Verhandlungsangebot der SPD. Sachens nicht gilt nur an die Deutsche Volkspartei und an die Demokratische Partei. Es sei der Fraktion lieber nicht möglich, an Verhandlungen teilzunehmen, die über diesen Preis hinausgehen. Die Landesinstanzen und die Landtagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei werden zu der nun geschlossenen Lage in einer baldigst einzuberufenden Sitzung Stellung nehmen.

In der Donnerstagstagung des sächsischen Landtags verließ wiederum die angelegte Wahl eines Ministerpräsidenten ergebnislos. Von den 91 abgegebenen Stimmen erhielt Fleißner (Eos.) 31, Schick, der Kandidat der vereinigten bürgerlichen Parteien 42, Rüll (Dem.) 5 und Renner (Komm.) 12 Stimmen. Außerdem wurde ein weißer Stimmzettel abgegeben. Keiner der Kandidaten hat die noch der Bestimmung notwendige Mehrheit aller abgegebenen Stimmen erhalten. Ein kommunistischer Antrag, am nächsten Dienstag eine neue Sitzung mit dem Tagesordnungspunkt „Ministerpräsidentenwahl“ anzusetzen, wurde abgelehnt. Die nächste Sitzung des Landtags findet erst am 6. Mai statt, an welchem Tage wieder die Wahl des Ministerpräsidenten auf der Tagesordnung stehen soll.

Louis Berner



Der berühmte französische Kupferstecher Louis Berner, dessen Werke vielfach in Deutschland zur Verfügung gelangen, ist nach Berlin gekommen, um als Zeichner für den Reichshauptstadt aufzutreten.

Lassalle-Worte.

Der würde ein Tor sein, der die Reform der ganzen Weltanschauung mit einem Schlage über oder auch nur auf einmal anfangen wollte.

Dem Staate schreibt ich die hohe, gewaltige Aufgabe zu, die Reime des Menschlichen zu entwickeln.

Hermann Dieber.





Wie wird's Wetter?

Wird trocken bei frühlingshafter Temperatur. Nachher als man erwarten durfte ist der Rückfall in den Winter, der dem Ende der ersten Aprilwoche sein Gepräge gab, überwunden worden. Während sich lokale Rückschläge besonders in der ersten Aprilhälfte gemächlich als sehr ausdauernd erweisen, kam unser Gebiet diesmal (sogar nach wärmeren Tagen wieder in den Bereich einer wärmeren Strömung. So stiegen die Temperaturen bald wieder auf die für die Jahreszeit normalen Werte oder etwas darüber und die zum Teil entstandene Schneedecke verschwand ebenso rasch wieder, wie sie gekommen war. Der Himmel blieb aber bedeckt, nachdem sich die wärmere Schicht bis zum Boden durchgearbeitet hatte, weil der Barometerstand nur eine Erleichterung, die für das Witterungsgebilde der ganzen Woche ausfallende Bedeutung und die anhaltende Bewölkung verurteilte. Infolge dessen wiederholten sich in vielen Nordwestteilen auch die Regenfälle. Die Niederschläge reichen aber bei weitem nicht aus, um dem Erdboden die gerade im Frühjahr sehr notwendige Feuchtigkeit zuzuführen und es besteht nach wie vor in weiten Teilen Mitteleuropas ein empfindlicher Mangel an Bodenfeuchtigkeit.

Durch die nach Mitteleuropa abströmende Mittelmeerluft werden die Temperaturen auch in der kommenden Woche frühlingshafter bleiben. Dabei werden nur vorübergehend lokal begrenzte Niederschläge fallen; vorwiegend wird die Witterung trocken, wenn auch bei bedecktem Himmel bleiben. Ob sich im Laufe der Woche eine durchgreifende Veränderung der Wetterlage einstellen wird, das bleibt noch abzuwarten.

Das Raufen um die Fehen.

Um die letzten Fehen reifen sie sich am meisten, die guten Zanten nämlich. Das wir schon vor sehr langer Zeit behauptet haben, wird bereits am 15. April sich bewahrheiten: die „Galle'sche Zeitung“ wird sich mit der „Galle'schen Zeitung“, mit der sie einen langjährigen Kampf führt, „fusionieren“. Fusionieren nennt ebenfalls die „Hollische“ das Simbieren ihrer letzten, allerletzten paar Fehen vor der Konkreten am Rahmenbau in einer Betonung, die sich gegen die besagte „Fusionierung“ richtet, mit der Zagen und Werber des „General's“ betreiben, daß es aus ist mit der „Fusionierungsbewegung“, für den und deren nichts anderes übrigbleibt, als sich in die Arme der „Unparteilichen“ aus der Uffstraße zu werfen. Die allerletzte Feh, die die „Hollische“ noch hat, sollen aber für die „nationalen Belange“ gerettet werden, so „fusionieren“ man denn schon am 15., damit keiner entläuft, und im übrigen sollte man sich nicht mit den Fehen abmentelnden „Redaktionen“ herum. Ein schönes Schauspiel, man dent an „Galliers Zell“... Die Raufen steigen wieder...

Durch ein überhitztes Dementi war in einer Bohntammer in der Fehrbellin-Strasse ein Wanderverkehr in Brand geraten. Die Feuerwehrlöschte das Feuer in knapp einer Stunde.

Sträuten Sie näher...

So oder ähnlich schallt es einem beim Eintritt in die Bezirke des heillosen Frühjahrsmarktes von überall her entgegen. Die „Ausstreiter“, die fliegenden Händler, die „ambulanten Gewerbetreibenden“, wie sie sich offiziell nennen, sind hier zu Hause, suchen hier für ihre kleinen Nützlichkeiten und Spielereien Käufer.

Ich bewundere diese Leute. Sie haben nämlich tatsächlich etwas los. Sie sind Reklamafachleute, Psychologen, Redner, Schaupisler ersten Ranges. Da gibt es keinen Zweifel. Dort wollen Sie es einmal versuchen, sich — einen kleinen Kaufmann umgeschaffen — an die nächste Straßengasse zu stellen, um für einen Patenthohepunkt oder einen Kratzenhalter Käufer zu finden? Es dürfte Ihnen verdammt dabei gelingen. Der fliegende Händler kennt jedoch den Dreh, mit dem er sein Publikum packt. Er weiß ja so genau,

wie neugierig der Mensch ist.

Was wir zunächst ein kleiner Einleitungsakt gemacht, ein kleines Reklamafachstück vorgeführt, auch wenn man für die ersten fünf Minuten einen Solovortrag hält. Die Spekulation auf die menschliche Neugier mihlingt nicht und wenn erst mal fünf Menschen stehengeblieben sind, dann ist schon viel gewonnen. Im Nu hat sich ein ganzes Dausen gebildet. Das ist keine ein Sturgesche. Mit einem geschickten Salto hüpfet der Händler nun zu seinem Artikel, den er den Leuten verkaufen will. Dieser Salto ist ganz gefährlich. Denn wenn er nicht gefällig ausgeführt wird, läuft die so mühsam herbeigefachte Menge wieder fort.

Das beginnt, ständig mit witzigen Wendungen gemischt, die Anpreisung der Ware. Der heutige Strohhändler arbeitet da ganz wissenschaftlich und mit absoluter Ehrlichkeit. Er weiß, so will es unsere ganz auf Radio eingestellte Welt, begründen können, weshalb seine Ware gut und doch zugleich billig ist und er muß das so überzeugend beweisen, daß es ihm die Leute auch glauben.

Sie haben Raufklingen anzufragen: Billig? Ein Dausen 50 Pfennige. Wieso kommen Sie dazu, so billige Raufklingen anzubieten? Wie ist das möglich? Entweder die Ringe sind lang nicht oder — bitte benehmen! Gutachter, Versuche mit Papier und langen Frauenhaaren, die mit ungläubiger Graze durchdrungen werden, erbringen die Augenbeweise und schon ist der Wiederkauf überzeugt. Es geht aus Verkauf. Zwei, drei Leute kaufen, zwei, dreimal 50 Pfennige werden eingenommen. Manchmal auch gar nichts. Der Händler verliert seinen Mut trotzdem nicht und beginnt seinen Bericht von vorn. Hunderteimal wohl am Tage spricht der „Fliegende“. „Im Auftrage seiner Firma“ — den Waffeln und der Erfolg ist meist da. Und wenn es auch nur Patenthohepunkte sind. Gerade mit diesen kleinen Dingen wird Geld verdient. Sie

glauben nicht? Wissen Sie, was der Erfinder des Patenthohepunktes verdient? Millionen werden da verdient, aus seinem Nachdenken...

So werden diese Leute jahraus, jahrein von einem Markt zum andern

mit allerlei Dingen des täglichen Bedarfs und Nichtbedarfs. Jeder hat seine Spezialität im Reizeberieche. Der eine kommt als eleganter Rent und appelliert an den „Elegant“, der unter jeder Bluse steht, der andere wirft durch Popularität und spricht in Zune Ziffern Dars...

Was da nicht alles verkauft wird! Selbst Goethe, Darwin, Reuter, Dickens usw. sind schon unter die fliegenden Händler geraten. Bitte schon! Warten auf dem Frühjahrsmarkt sitzt eine

Heute

spricht Dr. Schweiner (Berlin) in einer öffentlichen Versammlung über „Das wahre Gesicht der Nationalsozialisten“. Der Besuch dieser Versammlung ist für alle Wähler unbedingt notwendig, um den Charakter der nationalsozialistischen „Bewegung“ kennenzulernen. Die Partei ist daher:

alle zum Volkspark

Unde, die von dichtem Menschenhaarm umrahmt ist. Hier werden in billigen Volksparks den beständige unserer Klassiker verkleidert: Der ganze Darwin vier Bände 40 Pf., der ganze Reuter acht Bände 40 Pf., Goethe acht Bände 40 Pf. ... Und man lauft wie verrückt. Auch der Freund von Hie Carter und Stuart Hobbs entsetzt da auf einmal sein literarisches Herz und eine Hinneigung zu Goethe...

nicht Bände Goethe 40 Pf.

Soll man da nun sagen: Armer oder glücklicher Goethe? Ich entlicke mich für das letzte. Jedenfalls sollte man diesem fliegenden Händler für seine kunstvollen Prokräten die goldenen Worte des Ministeriums für Kunst und Volksbildung zugeteilt. Aber wir haben ja keine Deden mehr. Schade! Dieser Mann hätte sie verdient...

Jahresabtritt gefast.

In einer Selbstkritik an der Leipziger Schauspieler hat ein Mann ein vor dem Total lebendes Jodbad. Als er sich auf das Rad übergeben wollte, wurde er von zwei Männern überbracht, gefilgenommen und der Polizei zugeführt.

SPD., Ortsverein Halle.

Heute, Freitag, abend 6 1/2 Uhr findet im „Volkspark“ im Mittelzimmer eine

außerordentlich wichtige Sitzung aller Parteifunktionäre und Betriebsvertrauensleute statt. Es wird erwartet, daß alle in Frage kommenden Genossen pünktlich erscheinen.

Das Sekretariat.
14. Ortsgegr. Morgen, Sonnabend, abend 8 Uhr im total „Volkspark“. Mitgliederversammlung. Zur Verhandlung steht: Welche Bedeutung hat der 48. der Reichsberufstammung? und Die Vorgänge im Allgemeinen. Außerdem: Was ist die Bedeutung der Verammlung. Die Genossen sind zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Der Bezirksführer.

Was noch gefehlt hat.

Ein Weimarer-Hinberg-Gebensinn. Von der Staatlichen Münze Berlin wird eine Weimarer mit den Profildarstellungen Weimarer-Hinberg und der Umfriedung. Das Deutsche Reiches Begründer und Beschirmer“ geprägt. Als besondere Eigenart der Gebensinn sind die auf der Rückseite befindlichen 25 Wappen der deutschen Staaten zu erwähnen, die den Spruch: Deutschland, Heimatland. Geht von harter Bond. In tiefer Not. Und in den Tod. Ein Retter Dir erfand. Dank ihnen Vaterland!

umrahmen. — Ob die Diskussionsarten und die Basis diese Münze auch lauffen werden?

Mitreden, aber nicht mitreden.

Besichtiges zu Feuerlöscher.

Die Arbeits- und Interessengemeinschaft Deutscher Feuerwehrgenossen veranstaltet vom 27. April bis zum 4. Mai eine Feuerlöschung in Halle. Von der Mitarbeit in der Gemeinschaft ist die Gewerkschaft des Personals der Berufsfeuerwehren, der Verband Deutscher Berufsfeuerwehren zu harnen, mehrwürdigem ausgegliedert worden, obwohl er seinen Beitritt bereits im Februar 1929 angemeldet hat. Diese Ablehnung ist auf die Einstellung der früher freiwilliger Feuerwehren und industrieller Berufsfeuerwehren zurückzuführen.

Die gewerkschaftlich organisierten Mitglieder freiwilliger Feuerwehren haben hier auch ein Wort mitzusprechen. Wollen sie bulden, daß die Gewerkschaft des berufsamtigen tätigen Feuerwehrgenossen von der Mitarbeit in der Organisation deutscher Feuerwehrgenossen ausgeschlossen ist? Der Bundesvorstand des DFBWV hat der Arbeits- und Interessengemeinschaft mitgeteilt, daß er bei ihrer Haltung für die Veranstaltung der Feuerlöschung keine Propaganda treiben kann. Auch von dem gewerkschaftlich organisierten Personal der Berufsfeuerwehren kann niemand erwarten, daß es

Beste Angebote

Ostern steht vor der Tür! das heißt, an die Frühjahrsgarderobe denken. In allen Abteilungen haben wir äußerst preiswerte Angebote in unseren anerkannten Qualitätswaren. Einige Beispiele nur sollen Ihnen den Beweis erbringen:

Damen-Handschuhe Trikot mit moderner Manschette 0,95 Herren-Handschuhe Zwirngewebe und Webel., gelb und farbig 2,25 1,65	Damen-Wäsche Damen-Hemden aus solidem Stoff mit „chener“ Stickerei oder Spitze garniert . 1,95 1,45 Damen-Hemdchsen mod. Windform mit reicher Stickerei od. Klöppel- zierung. 2,45 1,95 Damen-Schlafhaube in viel. apert. Des- sins in modernen Farben und Formen. 6,95 4,95 Garantiert Rock und Schlipfer in farb. Seiden- trikot mit schönen Spitzen verziert . 4,90 Damen-Schlafhosen in gestreift. Seiden- trikot in vielen modernen Farben 2,25	Damen-Taschentücher Taschentuch 25x25 in Opal-Batist in weiß u. farbig, gute Qualität mit gestickt. Ecker Stüch Taschentücher 3 Stüch im Karton mit gestickter Ecke 0,55 0,98	Herren-Artikel Perkal-Oberrhemden in guter Qualität mit gef. Brust, nur neue mod. klare Muster 4,95 Zell-Oberrhemden in moderner, bunter gestreifter Dessins, unterfütterter Brust . . 5,50 4,45 Moderne Doppelkragen 0,75 0,50 Herren-Selbstbinden in neuester Aus- musterung, reine Seide 2,40 1,75 Herren-Hosenträger aus gutem Gamm- stoff mit Lederstrümpfe 1,30 0,68	Gardinen und Dekorationsstoffe Landschaft-Gardinen aus Ramein mit 0,35 Volant und farbigen Streifen 0,65 0,48 Schweden-Leinen in herrlich. Farben solingen, indianisch, 80 cm breit 1,20 1,05 0,55 130 cm breit 2,10 1,85 1,35 Halbstores mit modernem Filzsockel und 8 Stückerien 6,75 5,50 3,90 Künstler-Garnituren, engl. Tüll, Filz grand u. Kreuzfäden in herrl. mod. Mustern 9,75 8,25 Kunstst. Dekorationsstoffe in herrlichen Pastellfarben und neuen Mustern für Über- decken, 130 cm breit, indianisch 3,90 2,90 2,45
Damen-Strümpfe Damen-Strümpfe Baumwolle, meliert, Doppelsehle u. Perse, der prakt. Sportstrümpf Damen-Strümpfe prima Seid-woll, dicht und kräftig, modernste Farben 1,60 1,75 Damen-Strümpfe Wäsche, sehr feinfü- big, elastischer Fiorand, moderne Farben Herren-Socken Baumwolle, feste Qualität, in moderner Ausmusterung 0,95	Kleider- und Seidenstoffe Tweed das von der Mode bevorzugte Gewebe in vielen Farben und Mustern 3,25 2,75 Crepe-Caid moderne Bindung in schönen Farben, reine Wolle, ca. 130 cm. Meter 7,00 5,00 3,90 Feinstes Reineide in großer Mustervi- sual, ca. 90-95 Meter 5,50 4,80 Pariserie, in Qualität, unerreichbar schöner Druck, echtfarbig Meter 3,75 3,45 Warcasin neueste Farben, ca. 100 cm breit Meter 6,50 5,75	Modewaren Lederblumen in verschiedenen Ausführungen von 0,60 an Zell-Oberrhemden in moderner, bunter mit und ohne Spitzen in weiß und creme . . 1,45 Moderne Vierecktüch in weißer Kunstseide, 70x70 1,65	Leinen- und Baumwollwaren Künstlerdruckdecken in entzückenden, mod. Zeichnung, auf erkranklingen, weidung, Creton sowie Crepefond indianisch . . 6,50 4,50 Kunstst. Dekorationsstoffe in herrlichen Kante u. bunten farb. in ries. Mustern 9,50 5,50 4,95 Taschentücher aus erstklass. Wäscheoff, weiß, mit bunt. Kante oder weiß, bunt weiß mit Hochstamm 1,40 Herrenstrümpfe für den veredelt. Geschmack, nur bestbewährte Makoquali, weiß in bunt Kle. od. weiß b. 11 cm ohne Hohl., 1/4 Duz. 4,95 3,95 2,95	

Braunhauer & Benjamine
Gr. Ulrichstraße 22-25 Halle a. S. Rannischer Platz



Volksblatt-Geschäftsstelle Bismarckstraße 34
 Annahme von Abbestellungen, Anzeigen, Berichten,
 Druckaufträgen - Buchhandlung - Telefon 174
 Vertriebsbereich: Kurt Schlicht, Seifenstraße 4, Telefon 814

Mitglieder-Versammlung der SPD.

Die gestrige Mitglieder-Versammlung des sozialdemokratischen Ortsvereins beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Thema **Freiwerferium und Feuerbestattung**.
 Hierzu hatte der Ortsvorstand Lehrer Stahr (Beipzig), vom Verband für Freiwerferium und Feuerbestattung, als Referent gemonnen. Zweck und Ziel des Verbandes für Freiwerferium und Feuerbestattung ist vor allem der, denjenigen den Frieden zu stiften, die mit dem Kirchen- und ihren Seiten gebrochen haben. Denn von jeder ist der Freiwerfer verfolgt gewesen. Ein weiteres Ziel aber ist die Feuerbestattung. Die Feuerbestattung wird zunächst aus hygienischen Gründen gefördert. Des weitern aber ist die Feuerbestattung für den Verband ein soziales Ziel, denn die Friedhöfe nehmen den Lebenden den Raum. Die Feuerbestattung ist der heidnischen Totenkultus beseitigt. Mit wüßlicher Trauer hat das nicht mehr viel zu tun. Der Verband hat in seiner De-

klaration einheitliche Feuerbestattung ohne Rücksicht auf die Vermögensverhältnisse des einzelnen. Das letzte Ziel des Verbandes aber ist die **enghäufige Trennung von Staat und Kirche**.
 Material frei wird der Mensch erst dann sein, wenn er ideell frei ist. Sozusagen als „sozialistische Kirche“ will der Freiwerferverband dem Sozialisten zur Seite stehen.
 Der Referent ging dann auf Konfession und Schulfragen ein. Er forderte seitens der Parteigenossen, die an leitenden Stellen stehen, die freidenkerlichen Bestrebungen mehr zu unterstützen. Die Debatte stand auf hoher gestriger Warte. In einem Schlußwort ging der Referent noch einmal darauf ein.
 Im Anschluß an den Vortrag wurde die Mitarbeiter behandelt. Mitwirkende sind Volkshör, Sozialistische Arbeiterjugend als Registratorin Beate Dettler, Lange vom Nationaltheater Bismarck-Redner ist Hans Weidert.

Stadtbürgermeisterversammlung, Montag, den 14. April, findet keine Sitzung statt.
Wanderung. In der vergangenen Nacht wurde in das Lokal „Hindenburg“ eingebrochen. Durch den Lärm zum Bersten gelangten die Diebe an den Saal, in dem sie durch den Bühneneingang gelangten, um von hier aus den Keller zu erreichen. Geflohen wurden etwa 80 Pfund Margarine und mehrere Büchsen Milch.

Leuna-Prozess. Schönefeld hatte Mitte Februar 1924 abermals eine Menge Rechnungen, darunter auch für Mo 7, auf einmal eingereicht. Den Rechnungen lag, obwohl die Arbeiten bereits Ende 1916 begonnen worden waren, ein Kostenanschlag vom 1. April 1917 zugrunde. Obwohl Schönefeld bereits im Dezember 1916 auf diese Arbeiten Vorbehalt und Ueberlundungsbekanntmachung angeordnet hatte, läßt er sich später von der Hofverwalterin nachweislich beistimmen, daß er die Arbeiten erst nach dem 1. April 1917 begonnen hätte. Da u. a. r. 7 will Schönefeld fünfmal gestrichen haben, was der Betriebsführer, der nur von zwei Anträgen weiß, entschieden in Abrede stellt. Ein weiterer Grund kam sich nur an einen Antritt erinnern. Schönefeld hat, entgegen den Richtlinien des Werkes, durch den Angefallenen St. o. d. nicht nur 10 Prozent, sondern sogar 20 Prozent Auswertung erhalten.

der Richter wieder entlassen. Es handelt sich um einen verurteilten KZ-Geiseln.
Weisenfels. Ueber eine halbe Million Ueberbilanz. Im Konturüberwarter des Bauvereins „Selbsthilfe“ stand fünglich Termin beim Amtsgericht an. Der Konturüberwarter begründete die Forderung, daß die Haftsumme von 1000 Mark voll einbezogen werden müsse, da der Haftbetrag sich schätzungsweise auf 500 000 bis 600 000 Mark beläuft. Das Genossenschaftsgericht scheint nicht richtig gefügt worden zu sein; verschiedene Genossen erhoben jedenfalls Einspruch dagegen, daß sie noch als Genossen behandelt würden, trotzdem sie sich längst abgemeldet hätten.

Kreis Gueorfurt

Müchliche Wanderei.
 Mücheln. Infor Gueorfurmer ist es ja nicht nicht der schlechteste. Ammer, das die schützenden Heiser alle vorstoß, will nur gortlich sein. In die Schotterboden moderns auch noch mit. Wenns auch alle haben sin, nur hat immer noch drinne mochn fern. Inse Heiser in Wenden hamme schon vorstoß, in nu wolln ie noch nicht aufheern. Ammer vor de Witer schaffn sie noch kenn nein Wohnungin. Der Weid amn hiebt drinne mochn, un derß gtooft hat, kann mit nein. Da finams netterlich zu Heiseren, und wenn mehrs richtig kichlich, kann si alle beide recht. Derß gtooft hat, mecht nein, und dor enntere mecht nicht wupin. Da weerd doch woll besser, mer sieh 's Verloorn sin, bis mor ten Wohnungsmangel mehr kann. Ammer freilich konn Schotterboden; netterlich, er hat di Weisheit mit Schotterboden. In si been ein uff feen vorrausigist Wort. Mor sollte meen, woi Wohnungsmangel is, daß si die Wohnungswirtschaft wider einfruchen, nee, da vorstoß in die mor. Re, wir woin si sohn, weis meit si bormit nach. Befreit mochn si sich doromit beschlimmt nich. M.

Polizeiliche Bekämpfung der rasenden und knatternden Motorräder

Von der staatlichen Polizeiverwaltung erhalten wir folgende Mitteilung:
 Mit dem fortschreitenden Frühlingswetter besteht sich auf den Straßen auch der Ausflugsverkehr. Insbesondere werden die Kraftfahrer wieder aus dem Winterschlafpuppen hervorgeholt. Ueber hat die Polizei auch in diesem Jahre schon wieder mehrmals gegen leistungsfähige und verunfallungsfähige Motorräder vorgehen müssen. Ebenso sind schon wieder einige bemerkenswerte Unfälle durch Motorräder zu verzeichnen.
 Es wird hiermit dem Publikum zur Kenntnis gebracht, daß die Polizeipolizei gegen unvorsichtsfähig fahrende Motorradfahrer, insbesondere gegen die rasenden Fahrer und gegen die Knatterer mit allen zu Gebote stehenden Mitteln vorgehen wird. Das Publikum wird gebeten, die Polizei zu unterstützen und bei-

Beobachtung von Fällen, wo die Verkehrsregeln erheblich verletzt werden, der Polizei sachdienliche Mitteilung so schnell wie möglich zu machen. Insbesondere ist es erwünscht, wenn Zeugen, die den betreffenden Vorfällen einwandfrei beobachtet haben, namhaft gemacht werden können.
 In alle Beobachter und insbesondere an die Motorradfahrer wird bei dieser Gelegenheit die ernste Mahnung gerichtet, bei Benutzung der öffentlichen Wege und insbesondere im Rahmen des sonstigen Verkehrs Rücksicht zu nehmen und die Verkehrsregeln unbedingt einzuhalten.
 Es ist bei Verletzung von Verkehrsregeln grobe Rücksichtslosigkeit eines Kraftfahrers zu Tage, so hat dieser neben seiner Verurteilung die Festsetzung der Fahrzeulizenz unbeding- und zu gestrichen.

Angetreuer Polizeibeamter

Der im Polizeirevier I in Weisenfels tätige Polizeivermittler Schmallich hat den Bericht vorgelegt worden. Es wurde festgestellt, daß Schmallich während eines längeren Zeitraumes gebührende polizeiliche Genehmigungen für Anlaufarbeiten, Polizeiführerleistungen ufm. gegen Einziehung der Gebühren ausgehängigt, die entsprechenden Gebührenmarken auf den erteilten Genehmigungen aber nicht aufgeflekt und entwertet hat. Das verunfallene Geld verwendete er für sich. Schmallich ist gefänglich. Da Verbundungsgefahr nicht vorliegt, hat ihn

Saalkreis

Krise in Ammendorf

Der Etat abgelehnt!

Bürgerliche und Kommunisten sind schuldig, wenn jetzt ein Zwangssetz eingeführt wird

Ammendorf. Donnerstag wurden die in der letzten Sitzung vom Gemeindevorstand abgelehnten Etatsabgaben fortgesetzt. Vorher wurden einige Klagen eingeleitet. Auf Verlangen des Bezirksratvorsitzenden muß die Gemeinde alle für die Angelegenheiten des Bürgerlichen zuständige Angelegenheiten. Auf Antrag des SPD wurde von den Stimmen der SPD und der Einmütigkeit der Bürgerlichen beschlossen, nicht den üblichen Logen, sondern den Tariflohn zu zahlen. Ein Stelle Restor Reeds, der aus der Gemeindevorstellung ausgeschieden ist, hielt in der bürgerlichen Fraktion der Kaufmann Paul Bergfeld seinen Eintrag. Die Neuweisung der Kirchenamtszulage für die Kantorkstelle wurde einstimmig abgelehnt.

lieherten durch die SPD in Gemeindevorstellung vertreten ist. Im Verlauf der Auseinander- setzung hierüber erregte sich Herr Bollmann. Auf sich Schöffe Weidman ein Bädlein erlaubte, wurde Bollmann ausfällig und persönlich. Er brang auf Weidman ein, der habe „Pinzel“ zu ihm gezeigt. Der Vorleser als ehemaliger Schloßjunge dem keinen Pinzel mit bringen mußten natürlich überlegen — hielt Bollmann zu einem Akt zurück.
 Frau Studer von der SPD forderte Anber- rühung, das Essen in der Volkshalle sei gut, über den Genuß würden aber heilige Fragen ge- führt. Abhilfe soll geschaffen werden. Die Wohnungs- gelber der Feuerwehr (Sohnausfallversicherung) wollte die SPD gestrichen haben. Das wurde abgelehnt.
 Eine Reihe Staatsposten wurden stillschweigend erledigt.
Finanz- und Steuerverhältnisse
 hatte man für den Schluß aufgehoben. Der Ge- meindevorsteher machte noch einmal all- gemeine Ausführungen. Der Etat ist nun an- gezeigt, seine schönsten Federn sind herausge- rufen, er soll vollkommen auseinandergelassen. Die Erziehung der Polizeisten und der Mittelschule konnte nicht durchgeführt, bei der Beratung der Finanzen solle man sie ruhig wieder einlegen, da sie an- gangsweise doch wieder in den Etat ein- gelegt werden. Auch

Warum stimmen Braunsdorf und Rosbach gegen den Etat des Amtsbezirks?

Dem Amtsbezirk Hedra gehören sieben Gemein- den an, darunter die beiden Industrie- gemeinden Braunsdorf und Rosbach. Die Einweisung der fünf kleinen Landgemeinden ist realistisch. Von insgesamt fünfzig Stimmen wollen ihre Vertreter nicht stimmen. Bei jeder Abstimmung findet man sie auf Seiten des Herrn v. Hellborff. Das Voten- tragen überlassen sie den Industrie- gemeinden. Diese aber sind mit der **Zusammenlegung des Amtsansehnes** nicht einverstanden.
 Ein Antrag von Braunsdorf und Ros- bach, der eine andere Zusammenlegung verlangte, wurde im Kreistag von den Deputierten unter Führung des Herrn v. Hellborff niedergestimmt. Auf Grund dieser Ablehnung stellten die beiden Gemein- den die weiteren Zahlungen an den Amts- bezirk ein und lehnten auch den Haushaltplan für das Rechnungsjahr 1924/25 ab.
 Der vorgelegte Etat sieht in Einnahme und Aus- gabe die Summe von rund 11 000 RM. vor. Der Be-

trag, soweit er nicht durch sonstige Einnahmen (Po- lizeistrafen, Gebühren ufm.) gedeckt wird, beläuft sich immer noch auf 7909,10 RM, welcher von den Amts- gemeinden angedrückt werden muß. Von dieser Summe sind es wieder die beiden Orte Braunsdorf und Rosbach, die die nette Summe von 5388,88 RM aufbringen müssen. Also **Pflichten, aber keine Rechte**.
 So geht das nicht weiter. Die Orte verlangen unter allen Umständen, daß sie entsprechend der Beträ- gung zur Tragung der Amtsausgaben auf den Aus- schuß vertreten sind. Der Senat soll nach- mehrs interpelliert werden und erneut zu dieser Be- gegelung Stellung nehmen.
 Als Vertrauensmänner in die Ausschüsse zur Wahl der Schöffen und Gemeindevorstände wurden für das Amtsbereich Freyburg der Landwirt Paul Schmallich, aus Rosbach und für das Amtsbereich Wüchsch der Kaufmann Schmallich aus Braunsdorf ernannt. Die SPD-Gegenmeinung wurden abgelehnt.

Die Staatsberatungen
 fingen gleich auf, die SPD lehnte den Vor- anschlag für die kommunale Polizeiverwaltung ab, nicht etwa, weil sie sachlich mit dem einen oder anderen Punkte nicht einverstanden war, sondern weil ihr das Wort Polizeiverwaltung nicht ge- fiel. Der Vorschlag für das Bauwesen ge- lief ebenfalls wenig, die Bürgerlichen möchten das Bauamt überhaupt auflösen, die Kommuni- stischen verlangten für den Straßenbau fast 5000 RM mehr, diese Veränderung wurde ange- nommen. Weiter verlangten die Kommunisten einen Antrag an die Provinz, den Zufuß für den Straßenbau um 100 Prozent zu erhöhen. Za eine solche Eingabe zweifelt es — die Zufuß sind erst um 100 Prozent erhöht worden. Heute man über dieses Verlangen gar nicht erst ab. Bei dem Vorschlag für

die Abtragung des Defizits kann nicht in drei, sondern nur in zwei Jahren erfolgen.
 Die SPD nahm als erste Fraktion noch ein- mal Stellung, sie sah alles von „bäpfer Warte“, alle Gemeindevorhältnisse hängen mit der „Politik im Reichshaus“ zusammen, sie lecht den Etat — trotz der Streichungen und trotz Bewilligung ihrer Anträge! — ab. Schöffe Weidman (SPD) wies die SPD, richtete. Die Arbeiterpartei haben keine Mehrheit im Reichstag; soll etwas er- reicht werden, muß ein Kompromiß geschlossen werden. Bisher waren die Verhältnisse noch er- trüglig, was wird nun werden? Das soll man auch auf Ammendorf übertragen. Ein Kompromiß kann der Arbeiterpartei nur Vorteile bringen. Wenn die SPD bereit ist zu Zugeständnissen, wenn sie bereit ist, auch für schwere Dime Re- sponsivität zu tragen, dann nur

im Interesse einer geordneten Kommunalpolitik von Seiten der Arbeiterpartei.
 Mensch betonte, daß auch die Bürger- lichen den Etat ablehnen, sie hätten ihre Anträge nicht durchgeführt, sie fühlten sich frei jeder Verantwortung. Hiesmann von der SPD nannte den Etat eine Entwertung des Freigeldes, die die SPD ablehnen mußte.
 Vorleser Rothe erinnerte die SPD, daran, daß sie bei allem, was getan wurde und im Inter- esse der Einwohnerpartei getan worden ist, mit- gemacht hätte, sie mußte

dann siehe das Gemeindevorhaben auf und sicher da, Ablehnung führe zum Zwangssetz, Zwangs- setz heiße aber Erziehung vieler Ausgaben, Er- höhung der Grundvermögensteuer auf 325 Pro- zent, Herabsetzung der Gewerbesteuer, das heißt ganz einfach, ein Etat, wie ihn der Bürgerlich wünscht.
 Trotzdem die Kommunisten hier unter dem Eindruck dieser Ausführungen standen, lehnten sie den Etat ab, die Bürgerlichen gleichfalls, mit 22 Stimmen bei 9 Enthaltungen ist damit der Etat erledigt. Die SPD und zwei Kommunisten enthielten sich der Stimme! Wenn in der nächsten Zeit auf sozialem und kulturellem Gebiet sich so manches verändere, müßen sich die Ammendorfer Arbeiter bei der SPD bedanken. Trotzdem ihre Vertreter einjahen, daß sie mit der Ablehnung niemand anders treffen als die Ar- beiterpartei, konnten sie sich doch nicht zur Annahme entschließen, warum? Ja, die Verden- feldstraße!

Das neue Parlament mit alten Methoden

Wien. Die erste Gemeindevorsteher- versammlung zeigte, wohin der Kurs gehen soll unter der heiligen Weisheit der Bürgerlichen. Die Verpflichtung ging hier glatt vor sich, nicht wie bei der ersten Wahl, wo die Arbeiterpartei durch die falsche Zählung des Gemeindevorsteher- stabs (ohne SPD) unrichtig gemacht wurde, indem er sich nur durch die „Kauf“ verpflichtet lassen wollte, die ihm aber der Gemeindevorsteher auszulag. Durch das Fehlen seiner Stimme wurde die Un-

gültigkeitserklärung der Wahl ermöglicht. Die Wahlprüfung wurde nur mit den Stimmen der Bürgerlichen anerkannt.
 Da die geforderten nächsten Unterlagen zu den Vorschlägen der Schule sowie Werke für 1920 von den Bürgerlichen abgelehnt wurden, verließen die SPD- und KPD-Vertreter den Sitzungssaal. Obwohl nun eine rein bürgerliche, aber deshal- b unzulässige Vereinbarung juristisch liegt, mag man ruhig weiter und nahm alles lang- und langsam



Delitzsch (Stadt)

Der 2. Bürgermeister auf dem Kriegspfad

Es ist nur gut, daß unser zweiter Bürgermeister zu den Bräunlingen der Wirtschaftspartei gehört. Dadurch kommt doch von Zeit zu Zeit seine Ansicht über die kommunalen Fragen, besonders über die soziale Frage, in die Öffentlichkeit. In seiner Tätigkeit innerhalb Delitzsch legt er sich immer noch eine gewisse Bekanntheit auf.

Auf einer kommunalpolitischen Sitzung der Wirtschaftspartei in Galle aber hat er seine Worte gesprochen. Er warnte vor einer Überforderung der sozialen Fürsorge, die nicht zu einem Wettbewerbs der Gemeinden in der Dinklage führen dürfte, daß eine Gemeinde sozialistischer als die andere sein sollte. Wohlwollend hätte Herr Dr. Baumgardt — vom linken Rand — sich gemächlich rufen — nichts gegen einen Wettbewerb in negativem Sinne einzubringen. Einen Preis der Gemeinde, die in sozialer Hinsicht am erfolgreichsten ist, gibt es jedoch nicht, da die Leistung nicht auf die Höhe der Unterhaltungsleistungen ausgenommen und empfiehlt als Mittel zur

Bekämpfung der Erwerbslosigkeit die Einführung der Arbeitsdienstpfllicht. Man ist dieser Gedanke nun gerade nicht, aber es ist ein Kennzeichen der Wirtschaftspartei, daß sie mangels eigener Ideen gegen die abgesetzten Bedenken anderer Leute auftritt.

Selbstverständlich hat nach seiner Ansicht jede wirtschaftliche Forderung der Gemeinde zu berücksichtigen. Es ist schon viel, daß er den Gemeinderat der Bewegung der Erwerbslosen mit Gas, Wasser und Elektrizität überlassen will. Aber was darüber ist, das ist ihm lieber. Natürlich ist es kein Wunder, daß solche Ausführungen mit reichem Beifall belohnt wurden. Aber etwas anderes scheint uns bemerkenswert: Herr Dr. Baumgardt bemüht sich, durch seine Ausführungen zu zeigen, daß er ein Mann ist, der für neue soziale und wirtschaftliche Ideen sich zu begeistern weiß. Damit aber steht in kräftigem Widerspruch seine Tätigkeit bei der Wirtschaftspartei. Denn darüber wird sich auch Herr Dr. Baumgardt klar sein müssen, daß diese Wirtschaftspartei die Förderung des Rückfalls darstellt.

Aufgaben ländlicher Gemeinden

Forderungen der Sozialdemokratie für ihre Kommunalvertreter

Sandberg. Hier fand eine sozialdemokratische Gemeindevertreterkonferenz statt, die für hiesige Verhältnisse auf behauptet war. Als Redner war Parteisekretär Gähle (Delitzsch) erschienen, der über Rechte und Pflichten der Gemeindevertreter, Schaffen und Gemeindeverhältnisse sprach. Die wichtigsten Angelegenheiten wurden besonders behandelt, so z. B. die Frage der Fürsorge und Wohlfahrt, des Wohnungsbaus, des Schulwesens und der Schule. Hierzu führte der Redner aus, daß versucht werden müsse, auch in den ländlichen Gemeinden für diese Fragen mehr Verständnis zu gewinnen. Es sei unbedingt nötig, daß zur Unterstärkung Hilfsbehörden eine Stellungnahme geschaffen werden.

In vielen Gemeinden sieht für solche Zwecke kein Platz zur Verfügung, es sei denn die Unterhaltungsarbeiten jenseits abzugeben werden. Jedoch müsse man heute auch in dem kleinen Dorfe damit rechnen, daß irgendwelche Dienste erfüllt werden müssen, da es ihnen sonst nicht mehr möglich ist, ihr Leben durchzuführen.

Auch auf dem Gebiete des Wohnungsbaus werde in den einzelnen Gemeinden viel zu wenig getan. Nur ganz wenige Gemeinden im Kreise Delitzsch sind der wohnungswirtschaftlichen Bevölkerung entgegengekommen und haben einige Wohnungen erstellt. Aufgabe der sozialistischen und der übrigen Arbeitervertreter ist es, zu verlangen, daß

aus, wenn auch anerkannt werden soll, daß verschiedene Gemeinden bestrebt sind, ihre Wege in Ordnung zu bringen. Da heute die Arbeiterklasse sehr stark die Wege benutzen muß, um ihre Arbeitsstätten zu erreichen, ist sie an einer guten Erhaltung der Wege interessiert. Unsere Gemeindevertreter mögen sich deshalb immer tätig für den Wegbau einsetzen.

In den Schulfragen gibt es für unsere Vertreter noch sehr viel zu tun. Noch heute gibt es viele Schulen, die sehr primitiv ausgestattet sind. Auch über zu starke Klassenfrequenz wird viel geklagt. Unerschwinglich werden in solchen Fällen einzelne Gemeinden noch Schwierigkeiten, wenn es sich um die Anschaffung einer weiteren Lehrkraft handelt. Als sozialistischer Vertreter müssen wir bestrebt sein, die erforderlichen Lehrkräfte für die Schulen zu gewinnen, für helle, sonnige, luftige und gut ausgestattete Räume Sorge zu tragen, damit die Kinder des Volkes sich in der Schule wohl fühlen.

Nach diesen Ausführungen ging der Redner dazu über, die gesetzlichen Bestimmungen der Gemeindeverwaltung den Verammelten klar zu legen. Dabei zeigte sich, daß auch in dieser Ecke des Kreises manche Bestimmungen des Gesetzes noch heute nicht beachtet wird. Entschieden ist von dem Gemeindevertreter zu fordern, daß die Einladungsfrist gewahrt und die Bekanntgabe der Tagesordnungspunkte erfolgt, damit die Gemeindevertreter die Möglichkeit haben,

durch die Gemeinden Wohnhäuser erbaut werden, damit die Wohnungswirtschaft endlich zu ihrem verfassungsmäßigen Rechte kommen. Bei der Vergebung der Haussteuer werden die Gemeinden bevorzugt berücksichtigt, damit ihnen die Möglichkeit zum Bauen gegeben ist.

Auch auf dem Gebiete des Wegebaus sieht es in den einzelnen Gemeinden noch recht trübe

aus, wenn auch anerkannt werden soll, daß verschiedene Gemeinden bestrebt sind, ihre Wege in Ordnung zu bringen. Da heute die Arbeiterklasse sehr stark die Wege benutzen muß, um ihre Arbeitsstätten zu erreichen, ist sie an einer guten Erhaltung der Wege interessiert. Unsere Gemeindevertreter mögen sich deshalb immer tätig für den Wegbau einsetzen.

In den Schulfragen gibt es für unsere Vertreter noch sehr viel zu tun. Noch heute gibt es viele Schulen, die sehr primitiv ausgestattet sind. Auch über zu starke Klassenfrequenz wird viel geklagt. Unerschwinglich werden in solchen Fällen einzelne Gemeinden noch Schwierigkeiten, wenn es sich um die Anschaffung einer weiteren Lehrkraft handelt. Als sozialistischer Vertreter müssen wir bestrebt sein, die erforderlichen Lehrkräfte für die Schulen zu gewinnen, für helle, sonnige, luftige und gut ausgestattete Räume Sorge zu tragen, damit die Kinder des Volkes sich in der Schule wohl fühlen.

Nach diesen Ausführungen ging der Redner dazu über, die gesetzlichen Bestimmungen der Gemeindeverwaltung den Verammelten klar zu legen. Dabei zeigte sich, daß auch in dieser Ecke des Kreises manche Bestimmungen des Gesetzes noch heute nicht beachtet wird. Entschieden ist von dem Gemeindevertreter zu fordern, daß die Einladungsfrist gewahrt und die Bekanntgabe der Tagesordnungspunkte erfolgt, damit die Gemeindevertreter die Möglichkeit haben,

Eilenburg

Niederlage der Tischlermeister

Die vor längerer Zeit eingetragene Klage gegen 27 Tischlermeister wegen **Qualität der Holzgebäude** ist vor dem Zörgauer Arbeitsgericht in Eilenburg entschieden worden. Die Innungsmeister haben sich durch ihre Qualität nicht mit dem Staatsschlichter einverstanden erklärt. Es ist die Vernehmung des Dr. Döberstein (Berlin) konnte an dem bestehenden Rechtsstandes nichts ändern. Die vorzunehmenden Urteile sind am 1. Dezember 1929 an die 15. Dezember 1930 verurteilt.

Das Gericht hat die Klage abgelehnt, was eine Gesamtsumme von circa 3800 RM. ausmacht; das behält natürlich man auch die Klage an der Verhandlung verurteilt Herr Döberstein durch alle die Verurteilung, die Sache auf ein ganz anderes Gebiet zu ziehen. Als Vertreter der Kläger war Oberverwaltungsgerichtsrat Döberstein noch, daß eine tarifliche Regelung der Holzgebäude durch die Klage auf die Klage der Reichsministerien erfolgen kann. Weiter heißt es, daß es sich jetzt die Verhandlung immer nach festen Vorschriften erfolgt ist. Gegenüber habe sich die Innung immer mit den Klagen, die in Dresden getroffen wurden, einverstanden erklärt. Er fühle die Klage auf die Klage ein und die Klage auf die Klage ein, daß es von den Innungen Vollmachten verweigert haben.

Das Gericht kam nach längerer Beratung zu folgendem Urteil: Es sei nicht Sache des Gerichts, nachzuprüfen, ob der Tarifvertrag gültig geschlossen sei.

Zusätzlich sei, die Holzgebäude tariflich zu regeln. Deshalb Verurteilung aller zur Behauptung der Klage. Auch sei die geforderte Höhe der Klage als unzulässig zu halten, da es in Eilenburg immer so gehandhabt worden ist. Der Gesamtverdienst ist auf 2000 RM. festgesetzt, deshalb Verurteilung.

Die Holzgebäude betragen jetzt im 1. Bezirk anstatt 2 RM. 4,32 RM. im 2. Bezirk anstatt 4 RM. 10,56 RM. im 3. Bezirk anstatt 6 RM. 15,84 RM. Die Klagen der in der Holzgebäude beschäftigten Bediensteten wollen man darauf

achten, daß obige Höhe zur Durchführung gelangen.

Freis Liebenwerda

Golddiebstahl auf dem Markt.

Erwerbslose. Der wegen Betrugs und Diebstahl von dem Schöffengericht Osterwerda verurteilte Arbeiter B. Wagner von hier wurde im Haftzelle zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, wegen er Betrug eingestanden hat. Der Zörgauer Großen Straffammer erlassen jetzt der Angeklagte und erklärte, er sei unschuldig. Ein fremder Kaufmann hätte ihn aufgefordert, Seitenbei, das auf dem Markt lag, mit nach Hause zu nehmen. Er habe angenommen, es sei ein kleines Geldstück. Das Geld gehörte aber dem dort wohnenden Kaufmann B. Dieser ergriffe ihn dabei, wie er das Geld nach Hause schaffen wollte. Das Gericht beließ es bei der alten Höhe der Strafe. Der Antrag des Angeklagten auf Bewährungsfrist wurde seiner Verurteilung wegen abgelehnt.

Erwerbslose. Die Zahl der Arbeitslosen ist immer noch recht hoch. Die letzte Zusammenstellung ergab 88 männliche und 63 weibliche Arbeitslose. Von diesen erhielten 534 männliche und 38 weibliche Personen Arbeitslosenunterstützung, 15 männliche und 1 weibliche Krüsenunterstützung. Auf die Gemeinde Prösen entfallen 120 männliche und 7 weibliche Arbeitslosenunterstützungen und 8 Krüsenunterstützungsempfänger. Aus Prösen erhalten 65 männliche und 5 weibliche Personen Arbeitslosen- und 4 Personen Krüsenunterstützung. Auf die Gemeinde Prösen entfallen 88 männliche und 6 weibliche Erwerbslosen- und 1 Krüsenunterstützungsempfänger. Aus Oberweißbach werden 41 männliche und vier weibliche Personen unterstützt.

Wahl. Das Ergebnis der betriebspflichtigen Wahlen, die am 10. bis einschließlich 22. April d. J. im Gemeindeamt (Gemeindehalle) während der Dienststunden zur Wahl der Beteiligten öffentlich sind. Anträge auf Berücksichtigung des Bescheidnisses sind spätestens 10 Tage nach Ablauf der Auslegungsfrist bei dem antragbringenden



Voran in der Qualität!
Das beweist der Ruf, den Anzug und Mantel von S. Weiss in der ganzen Provinz Sachsen genießen.

Voran in der Auswahl!
Das zeigt sich besonders deutlich in unserem großen Jubiläums-Verkauf, zu dem wir 9000 Anzüge und 5000 Mäntel in unseren Geschäften bereitgestellt haben.

Voran in der Preisgestaltung!
Denn durch ausgedehnte Herstellung in unseren eigenen, auf dem neuesten Stand eingerichteten Werkstätten, durch knappe Kalkulation und durch unser System des Bar-Verkaufs können wir Ihnen große Vorteile bieten.

Jetzt in unserem Jubiläums-Verkauf zeigt es sich deutlicher denn je:
Weiss-Preise sind BARPREISE
Weiss-Preise sind SPARPREISE

Ein Mantel wie er sein soll
schönen neu,
Farben, wasser-
braun od. blau-
grau mit Rings-
grün, hochwertiger
Stoff, in
mustermäßig,
Verarbeitung
auf Kunst-
seid, gefützt,
2reih. Form
mit vollem
Revers

- Der moderne Trenchcoat**
mit durchgehendem Gürtel, in den mod. Farben, wie blaugrau und hellmode. Ein idealer Wettermantel.
Jubiläumspreis **19⁵⁰**
- Herrn-Frühjahrs-Mantel**
Cheviot, der Modestoff, 2reihig m. Steilg. Rückengurt, mod. farbl. tadelloser Sitz.
Jubiläumspreis **39⁰⁰**
- Herrn-Frühjahrs-Mantel**
moderne Sheftand-Muster, 2reihige Form, mit Stoffbesätzen u. Ringzug, in den Farben grau-blau u. rostbraun, Sitz u. Schnitt durch 60jähr. Erfahrung einwandfrei.
Jubiläumspreis **49⁰⁰**
- Herrn-Frühjahrs-Anzug**
in schönen Kammgarn u. Cheviotgewebe, 2reihige moderne Form, aparte Farbe.
Jubiläumspreis **29⁰⁰**
- Herrn-Frühjahrs-Anzug**
flotte Neuheit in Form und Farbe, solide gearbeitet, nur Modefarben, 2reihige Form.
Jubiläumspreis **39⁰⁰**
- Herrn-Sport-Anzug**
mit langer Golf- oder Breesechshose, strapazierfähige Stoffe, in vielen aparten Modefarben.
Jubiläumspreis **49⁰⁰**

Halle am Markt
Zweiggeschäfte in
Merseburg Bitterfeld
Dessau Nordhausen

60 Jahre S. Weiss
Das größte Herrenbekleidungs-
haus von Halle und dem Saalkreis

Kampf um den Pfennig

Unmöglichkeit Schiedspruch im Schneiderkreisl

Ein ganzer deutscher Reichspennig — das ist die „Vorbereitung“, die der zur Beilegung des Lohnkonflikts in der Herren- und Damenmagasinschneiderei von den Unparteiischen gefällte Schiedspruch für die schlechter entlohnenden Gruppen unter den obigen schon über... (Text continues with details of the dispute and the role of the arbitrator).

mutung findet jedoch in den tatsächlichen Verhältnissen keine Stütze. Warum die schlechter entlohnenden Schneider besonders schlecht behandelt werden, das ist das Geheimnis der Schlichter.

Am Freitag finden im ganzen Reich Verhandlungen statt, worin die Streikenden zu dem Schiedspruch Stellung nehmen. Die Erklärungsfrist der Parteien zu dem Schiedspruch läuft bis Sonnabend vormittag.

Werden die Arbeitgeber Verbindlichkeits-Erklärung beantragen? Es ist damit zu rechnen, dass über die Wirksamkeit des Schiedspruchs ein verbindlich gemacht werden? Eine Verbindlichkeits-Erklärung wäre eine Verbindung der Arbeitgeber.

Immer neue „Betriebsunfälle“

Auch die städtischen Gartenarbeiter gegen Moskau

In der städtischen Gartenbauverwaltung hatten sich die diebstahligen Betriebsratsmitglieder einige „Oppositionelle“ der Betriebsratsfrage gezeigt, die wir bereits besprochen hatten. Allerdings waren sie mit ihrer oppositionellen Rolle lediglich heringeklopft, da die gemeindefreie Disziplin und gesunde Vernunft der Arbeiter geblieben waren. Nun hat der Kommissar Zedler — der am Tage mit gewöhnlicher Schärfe seinen Pflichten als Aufseher in den städtischen Anlagen nachgeht und sich in dieser Stellung außerordentlich wohl fühlt, um dafür abends seinem Privatvergnügen als oppositioneller Kommunist zu können der Versehenstrolche verpfunden, endlich für die folgende kommunistische Ordnung im Betriebsrat und in der Betriebsrat der Gartenbauverwaltung zu sorgen. Er verschafft sich dabei einen Schwung von der Versehenstrolche sanitärischer

die ihre oppositionelle Stellungnahme dadurch abzuwehren zu begreifen sollte, dass sie zudem dem Verdienst in der Gartenbauverwaltung noch eine feste Prämie aus Nebenbeschäftigungen erwarb, bemühten sich dort immer tüchtiger werdenden Stellung der Betriebsratsverwaltung um Abstim-mung über die Währungs-Reaktion, für die man mit dem größten Zorn vorher in der Betriebsrat-Stimmung gemacht hatte. Wer bestrich jedoch den einschlägigen Schreben des „Gartenbau“, als er sehen sollte, dass

die gesamte Betriebsrat des Mittelraumbotivum absteht

und nur er selbst und der zweite Einbürger der Resolution unter dem Gelechte der Betriebsratsverwaltung dafür stimmen. Beide rächen sich allerdings nicht, indem der „Gartenbau“ und seine Betriebsrat eine Reihe weiterer Kräfte im „Klassenkampf“ entzündeten, die sich mit den „berühmtesten Reformisten“ der Gewerkschaften und des Betriebsrat der Gartenbauverwaltung beschäftigt haben. Bei der Beistimmung der „Gartenbau“ und seiner Betriebsrat zweifeln wir von vornherein nicht daran, dass die angeführten Kräfte der Währungs-Reaktion und verdammt werden, die sie gehalten sein werden. Die Öffentlichkeit interessiert nur die eine Feststellung, dass Herr Zedler in seinen Ausführungen leider nur zu deutlich den berühmtesten Stahlschmelzwerk erkennen ließ:

„Der Tag wird kommen!“

Wir wissen nicht, aus welcher Richtung die Revolution in Deutschland kommen wird, aber wir wissen, dass die Revolution kommen wird. Wir glauben, dass die Revolution kommen wird. Wir glauben, dass die Revolution kommen wird.

„Freiwillige“ Lohnsteuern.

Das System der Sozial-Sammlungen.

Die seit Jahren in Sowjetrußland eingeführte Praxis, zu Staats- und Parteizwecken notwendige Summen einfach dadurch aufzubringen, daß allen Arbeitern ein bestimmtes Hundestück ihres Lohnes abgezogen wird, hat schon bei uns in der städtischen Dienstleistungsabteilungen und Arbeiterkreisen gefaßt. Es ist bekannt, daß selbst Zwangsmaßnahmen in Anspruch genommen, um verschiedene Sammlungen zu Propagandazwecken durchzuführen. In diese Reihe gehören auch die „freiwilligen“ von den Arbeitern aufzubringenden Summen, mit denen dann Hausgehalte, Exzessoren usw. angeschafft wurden.

Jetzt hat der Vorstand der Gewerkschaften eine solche in einer Entschließung auf die Notwendigkeit einer Veranlagung der verschiedenen Sammlungen um Kräfte hingewiesen. Diese belasteten den Haushalt des Arbeiters bis zur Unmöglichkeit. Auch die Gewerkschaften des Arbeiters, der Überlebenden und der Verzeigte auf die Preissteigerung müßte unbedingt aufgegeben werden. Die Kräfte aller Art müßten einen wirtschaftlich schrittweisen Charakter tragen. Auch die Kampagne für die Bekämpfung der neuen Industriearbeitslosen müßte so geführt werden, daß die Bekämpfung zur Teilnahme der Arbeiter in allen gemeinsamen Arbeiter-Sammlungen gefaßt werden könnten, wobei der Teilnahmezeit jedes einzelnen Arbeiters seinen Umständen über die Höhe eines Monatslohnes hinauszugehen dürfte.

Amerikanische Ingenieure in Rußland.

Wie die Berliner Ausgabe des „New York Herald“ mitteilt, sind am Mittwoch in Paris zwei Gruppen amerikanischer Ingenieure eingetroffen, die sich unternommen über Berlin nach Rußland begeben sollen, um dort industrielle Arbeiten von außerordentlicher Tragweite in Angriff zu nehmen. Die erste, aus 13 Mann bestehende Gruppe, unter Leitung eines Herrn Weibing, werde nach Tomsk fahren und die Ausbeutung des größten Steinkohlenlagers von Sibirien in der Region von Kusnez zur Aufgabe haben. Mit dem modernsten technischen Werkzeug ausgerüstet, hoffen die Amerikaner die Rohförderung in Kürze bis zu einer Differenz von 8 Millionen Tonnen bringen zu können. Der Besatzungsstab der zweiten Gruppe, die aus 12 Mann bestehe, ist nach dem

„New York Herald“ Rißnik Kongozow, wo eine riesige Automobilfabrik mit einer Jahresproduktion von 100 000 Wagen eröffnet werden soll. Für die in der Fabrik zu beschäftigenden Arbeiter werde in der Ebene um Rißnik Kongozow eine Arbeiterstadt errichtet werden. Die Arbeiten zum Bau der Stadt, die innerhalb 15 Monaten im amerikanischen Tempo ans dem Boden geschmitten werden soll, haben angeblich bereits begonnen.

Die Sommerregierung soll bereits vor längerer Zeit verschiedene europäischen, darunter auch englischen Firmen die Durchführung der Arbeiten angeboten haben. Es soll jedoch keine dieser Firmen imstande gewesen sein, die Verpflichtung für die Ausführung des Planes in so kurzer Zeit wie die Amerikaner zu übernehmen. Daraufhin habe Rußland den Vertrag mit der amerikanischen Firma, deren Name übrigens ebenso verschwiegen wird wie der der Auftraggeber, der „Steinbohn-Expedition“, abgeschlossen.

Die russischen Geschäftsführer. Im Kreis der Geschäftsführer des Goldberg-Bahnen brachte die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft trotz des vorhandenen Defizits fertig, die Kreisumlage von bisher 62 auf 77% Prozent herabzusetzen. Die Eingparungen geben ausschließlich auf Kosten der Sozialisten und der Ausführung öffentlicher Arbeiten. In der Debatte verließ sich ein Geschäftsführer zu der Behauptung, daß eine Familie mit einer monatlichen Rente von 76 Mark mehr zu verlieren hätte als ein Geschäftsführer. Die Kerntenen seien daher unter den Verbannten zu suchen.

Major Sprengen eine Versammlung. Nationalsozialisten führten am Donnerstagabend in Berlin-Zehlendorf eine demokratische Versammlung, die sich mit dem Thema befaßte: „Die Nationalsozialisten, Feinde wahrhaft nationaler Politik.“ Die beiden Referenten des Abends konnten sich nur zunächst mit Mühe gegen die im Einzelnen fahrlässigen jugendlichen Anhänger der Nazis durchsetzen. Schließlich gelang es den nationalsozialistischen Rednern, die Versammlung zu sprengen. 15 Personen wurden von der Polizei verhaftet.

Antikommunismus in Berlin. In einem Berliner Café am Kurfürstendamm lagte am Mittwoch eine von der Antikommunisten einberufene Konferenz, bei der es grottesk Weise recht laut zugeht. Ein Berliner Verwaltungsoberster verlangte die Schaffung einer antisemitischen Zentrale in Berlin. Der Major Max Oppendörfer, Präsident der Antikommunisten, hielt ein Referat gegen die Antisemiten.

Steuerkampf im Reichsparlament

Durcheinander im Bürgerblock

Sozialdemokrat Keil über die volksfeindliche Finanzpolitik der Brüning-Regierung

Der Brüning ist dem deutschen Volke vor seiner Ankerpflicht als starker Mann angepöbeln worden. Seine Kraft brach aber schon am ersten Tage zusammen, als er sich dem demütigenden Diktat Eugenbergs fügte. Seitdem hat man von der Führerschaft Brüning's nichts mehr gesehen und nichts mehr gehört. Seit einer Woche befinden sich Regierung und Opposition in einem so allgemeinen Durcheinander.

In ihrem Augenblick weiß man, zu welchem Steuerprogramm die Regierung noch sich oder noch weiter so herabgegangenen Forderungen sich schon wieder preisgegeben hat. Der Reichsfinanzminister Dr. Wobben-gauer wird wie ein Spielball zwischen den verschiedenen Interessenten hin und her geworfen. Er, der in seinem gemühtlichen Kölner Dialekt am Sonntag in Wuppertal die Diktatur befehligen hat, erleidet jeden Tag im Steueranspruch und im Reichstagsplenum mehrere Niederlagen.

Auch die Sitzung am Donnerstag begann sofort wieder mit einer

Sozialdemokrat Keil über die volksfeindliche Finanzpolitik der Brüning-Regierung

Keil sprach mit dem deutschen Volke vor seiner Ankerpflicht als starker Mann angepöbeln worden. Seine Kraft brach aber schon am ersten Tage zusammen, als er sich dem demütigenden Diktat Eugenbergs fügte. Seitdem hat man von der Führerschaft Brüning's nichts mehr gesehen und nichts mehr gehört. Seit einer Woche befinden sich Regierung und Opposition in einem so allgemeinen Durcheinander.

In ihrem Augenblick weiß man, zu welchem Steuerprogramm die Regierung noch sich oder noch weiter so herabgegangenen Forderungen sich schon wieder preisgegeben hat. Der Reichsfinanzminister Dr. Wobben-gauer wird wie ein Spielball zwischen den verschiedenen Interessenten hin und her geworfen. Er, der in seinem gemühtlichen Kölner Dialekt am Sonntag in Wuppertal die Diktatur befehligen hat, erleidet jeden Tag im Steueranspruch und im Reichstagsplenum mehrere Niederlagen.

Auch die Sitzung am Donnerstag begann sofort wieder mit einer

schwerer Panne Wobben-gaues.

Er begründete nicht etwa die Steuererhöhung der Regierung, sondern er hatte den Befehl erhalten, sie preiszugeben und dafür die Kompromißlösungen anzugreifen. Das Reich Wobben-gauer wollte aber, daß die Anträge, die er dem Hause, wenn auch unter stärksten Bedenken, empfahl, noch nicht einmal gedruckt ausgehen würden. Man konnte natürlich dem Reichstag nicht zumuten, über Steueranträge der Regierungspartei zu beraten, gegen die der Reichsfinanzminister stärkste Befehlsungen empfand, wenn man nicht einmal wußte, was eigentlich in diesen Anträgen stand.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Herzog beantragte daher die Aufhebung der Sitzung auf unbestimmte Zeit. Er bewies insbesondere die unumgängliche „haltung“ der Regierung in der Biersteuer. Vor zwei Tagen noch habe sie erklärt, daß sie mit der Biersteuererhöhung von 75 Prozent tiefer oder later. Jetzt aber habe sie diesen Standpunkt schon wieder preisgegeben. Er verlangte die Unterbrechung der Sitzung, damit man endlich einmal erfahre, was eigentlich los sei. Das Haus stimmte einstimmig dieser sozialdemokratischen Forderung zu.

Inzwischen wurde in den Wandelhallen auf die Höhe der kommenden Biersteuer

getippt. Es hieß, daß die Regierung, die sich schon gestern von 75 Prozent auf 60 Prozent hat zurückdrängen lassen, erneut um 10 Prozent nachgegeben habe, also auf 40 Prozent Erhöhung zurückgegangen sei. Berichte wollten wissen, daß sie sogar noch 10 Prozent höher abhandeln lassen werde, also die Biersteuererhöhung auf 50 Prozent senke. Die Zustimmung der Bayerischen Volkspartei ermöglichen werde.

In der nach 5 Uhr wieder eröffneten Sitzung nahm der sozialdemokratische Abgeordnete Keil das Wort. Er verurteilte unter anderem die Schöneberg-Regierungspartei als Oberste von einem falschen Ministerium. Darauf könne man nur noch mit einem hohen Gelächter antworten. Niemand habe Deutschland eine so

schwache und demütigende Regierung

gehabt wie diese. Sie große häßlich, alle verfassungsmäßigen Mittel anzunehmen, sei aber in Wirklichkeit längst unter das Kommando der „Grünen Front“, der Wirtschaftspartei und der Bayerischen Volkspartei geraten. In der Verfassung stehe, daß der Reichskanzler die Richtlinien der Politik bestimme. Seine Man sich aber diese Steuererlagen mit der höheren Befugnung der Währungsbehörde und der Konsumvereine an, so könne man mit größtem Recht sagen, die Richtlinien der Steuerpolitik würden bestimmt durch Herrn Wobben-gauer in Berlin. Unmöglich könne auf diesem Wege eine organische Neugestaltung unserer Finanzen eintreten. Die Sozialdemokratie habe als Oppositionspartei nicht die Pflicht, der Regierung Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die Interessen der Wähler der Sozialdemokratie mit Hüfen getreten würden. Die Sozialdemokratie bestimme die Anträge der Regierungspartei und verlange ein

Verbot durch Juchasch auf die hohen Einkommen.

Dafür habe sich bekanntlich auch der Reichspräsident ausgesprochen, der in den letzten Tagen für unpolitische Zwecke mißbraucht worden sei. Sehr scharf machte sich Keil gegen die erhöhte Umsatzsteuer für Warenhäuser und für Konsumvereine. Man treffe damit die rationelle Warenförderung. Außerdem habe sich schon früher die Umverteilung der Warenhäuser gesteuert, weil die Warenhäuser, gestützt auf ihre wirtschaftliche Macht, die Steuer auf ihre Lieferanten zurückzuführen. Die Konsumvereine seien bei einer radikalen arbeitereindeutigen Maßnahme. Franzisch ist, daß auch die Zentrumspartei in deren Reich die christliche Konsumvereine

Sozialdemokrat Keil über die volksfeindliche Finanzpolitik der Brüning-Regierung

Keil sprach mit dem deutschen Volke vor seiner Ankerpflicht als starker Mann angepöbeln worden. Seine Kraft brach aber schon am ersten Tage zusammen, als er sich dem demütigenden Diktat Eugenbergs fügte. Seitdem hat man von der Führerschaft Brüning's nichts mehr gesehen und nichts mehr gehört. Seit einer Woche befinden sich Regierung und Opposition in einem so allgemeinen Durcheinander.

In ihrem Augenblick weiß man, zu welchem Steuerprogramm die Regierung noch sich oder noch weiter so herabgegangenen Forderungen sich schon wieder preisgegeben hat. Der Reichsfinanzminister Dr. Wobben-gauer wird wie ein Spielball zwischen den verschiedenen Interessenten hin und her geworfen. Er, der in seinem gemühtlichen Kölner Dialekt am Sonntag in Wuppertal die Diktatur befehligen hat, erleidet jeden Tag im Steueranspruch und im Reichstagsplenum mehrere Niederlagen.

Auch die Sitzung am Donnerstag begann sofort wieder mit einer

Sozialdemokrat Keil über die volksfeindliche Finanzpolitik der Brüning-Regierung

Keil sprach mit dem deutschen Volke vor seiner Ankerpflicht als starker Mann angepöbeln worden. Seine Kraft brach aber schon am ersten Tage zusammen, als er sich dem demütigenden Diktat Eugenbergs fügte. Seitdem hat man von der Führerschaft Brüning's nichts mehr gesehen und nichts mehr gehört. Seit einer Woche befinden sich Regierung und Opposition in einem so allgemeinen Durcheinander.

In ihrem Augenblick weiß man, zu welchem Steuerprogramm die Regierung noch sich oder noch weiter so herabgegangenen Forderungen sich schon wieder preisgegeben hat. Der Reichsfinanzminister Dr. Wobben-gauer wird wie ein Spielball zwischen den verschiedenen Interessenten hin und her geworfen. Er, der in seinem gemühtlichen Kölner Dialekt am Sonntag in Wuppertal die Diktatur befehligen hat, erleidet jeden Tag im Steueranspruch und im Reichstagsplenum mehrere Niederlagen.

Auch die Sitzung am Donnerstag begann sofort wieder mit einer

schwerer Panne Wobben-gaues.

Er begründete nicht etwa die Steuererhöhung der Regierung, sondern er hatte den Befehl erhalten, sie preiszugeben und dafür die Kompromißlösungen anzugreifen. Das Reich Wobben-gauer wollte aber, daß die Anträge, die er dem Hause, wenn auch unter stärksten Bedenken, empfahl, noch nicht einmal gedruckt ausgehen würden. Man konnte natürlich dem Reichstag nicht zumuten, über Steueranträge der Regierungspartei zu beraten, gegen die der Reichsfinanzminister stärkste Befehlsungen empfand, wenn man nicht einmal wußte, was eigentlich in diesen Anträgen stand.

Inzwischen wurde in den Wandelhallen auf die Höhe der kommenden Biersteuer

getippt. Es hieß, daß die Regierung, die sich schon gestern von 75 Prozent auf 60 Prozent hat zurückdrängen lassen, erneut um 10 Prozent nachgegeben habe, also auf 40 Prozent Erhöhung zurückgegangen sei. Berichte wollten wissen, daß sie sogar noch 10 Prozent höher abhandeln lassen werde, also die Biersteuererhöhung auf 50 Prozent senke. Die Zustimmung der Bayerischen Volkspartei ermöglichen werden.

In der nach 5 Uhr wieder eröffneten Sitzung

nahm der sozialdemokratische Abgeordnete Keil das Wort. Er verurteilte unter anderem die Schöneberg-Regierungspartei als Oberste von einem falschen Ministerium. Darauf könne man nur noch mit einem hohen Gelächter antworten. Niemand habe Deutschland eine so

schwache und demütigende Regierung

gehabt wie diese. Sie große häßlich, alle verfassungsmäßigen Mittel anzunehmen, sei aber in Wirklichkeit längst unter das Kommando der „Grünen Front“, der Wirtschaftspartei und der Bayerischen Volkspartei geraten. In der Verfassung stehe, daß der Reichskanzler die Richtlinien der Politik bestimme. Seine Man sich aber diese Steuererlagen mit der höheren Befugnung der Währungsbehörde und der Konsumvereine an, so könne man mit größtem Recht sagen, die Richtlinien der Steuerpolitik würden bestimmt durch Herrn Wobben-gauer in Berlin. Unmöglich könne auf diesem Wege eine organische Neugestaltung unserer Finanzen eintreten. Die Sozialdemokratie habe als Oppositionspartei nicht die Pflicht, der Regierung Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die Interessen der Wähler der Sozialdemokratie mit Hüfen getreten würden. Die Sozialdemokratie bestimme die Anträge der Regierungspartei und verlange ein

Verbot durch Juchasch auf die hohen Einkommen.

Dafür habe sich bekanntlich auch der Reichspräsident ausgesprochen, der in den letzten Tagen für unpolitische Zwecke mißbraucht worden sei. Sehr scharf machte sich Keil gegen die erhöhte Umsatzsteuer für Warenhäuser und für Konsumvereine. Man treffe damit die rationelle Warenförderung. Außerdem habe sich schon früher die Umverteilung der Warenhäuser gesteuert, weil die Warenhäuser, gestützt auf ihre wirtschaftliche Macht, die Steuer auf ihre Lieferanten zurückzuführen. Die Konsumvereine seien bei einer radikalen arbeitereindeutigen Maßnahme. Franzisch ist, daß auch die Zentrumspartei in deren Reich die christliche Konsumvereine

Sozialdemokrat Keil über die volksfeindliche Finanzpolitik der Brüning-Regierung

Keil sprach mit dem deutschen Volke vor seiner Ankerpflicht als starker Mann angepöbeln worden. Seine Kraft brach aber schon am ersten Tage zusammen, als er sich dem demütigenden Diktat Eugenbergs fügte. Seitdem hat man von der Führerschaft Brüning's nichts mehr gesehen und nichts mehr gehört. Seit einer Woche befinden sich Regierung und Opposition in einem so allgemeinen Durcheinander.

In ihrem Augenblick weiß man, zu welchem Steuerprogramm die Regierung noch sich oder noch weiter so herabgegangenen Forderungen sich schon wieder preisgegeben hat. Der Reichsfinanzminister Dr. Wobben-gauer wird wie ein Spielball zwischen den verschiedenen Interessenten hin und her geworfen. Er, der in seinem gemühtlichen Kölner Dialekt am Sonntag in Wuppertal die Diktatur befehligen hat, erleidet jeden Tag im Steueranspruch und im Reichstagsplenum mehrere Niederlagen.

Auch die Sitzung am Donnerstag begann sofort wieder mit einer

schwerer Panne Wobben-gaues.

Er begründete nicht etwa die Steuererhöhung der Regierung, sondern er hatte den Befehl erhalten, sie preiszugeben und dafür die Kompromißlösungen anzugreifen. Das Reich Wobben-gauer wollte aber, daß die Anträge, die er dem Hause, wenn auch unter stärksten Bedenken, empfahl, noch nicht einmal gedruckt ausgehen würden. Man konnte natürlich dem Reichstag nicht zumuten, über Steueranträge der Regierungspartei zu beraten, gegen die der Reichsfinanzminister stärkste Befehlsungen empfand, wenn man nicht einmal wußte, was eigentlich in diesen Anträgen stand.

In der nach 5 Uhr wieder eröffneten Sitzung nahm der sozialdemokratische Abgeordnete Keil das Wort. Er verurteilte unter anderem die Schöneberg-Regierungspartei als Oberste von einem falschen Ministerium. Darauf könne man nur noch mit einem hohen Gelächter antworten. Niemand habe Deutschland eine so

schwache und demütigende Regierung

gehabt wie diese. Sie große häßlich, alle verfassungsmäßigen Mittel anzunehmen, sei aber in Wirklichkeit längst unter das Kommando der „Grünen Front“, der Wirtschaftspartei und der Bayerischen Volkspartei geraten. In der Verfassung stehe, daß der Reichskanzler die Richtlinien der Politik bestimme. Seine Man sich aber diese Steuererlagen mit der höheren Befugnung der Währungsbehörde und der Konsumvereine an, so könne man mit größtem Recht sagen, die Richtlinien der Steuerpolitik würden bestimmt durch Herrn Wobben-gauer in Berlin. Unmöglich könne auf diesem Wege eine organische Neugestaltung unserer Finanzen eintreten. Die Sozialdemokratie habe als Oppositionspartei nicht die Pflicht, der Regierung Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die Interessen der Wähler der Sozialdemokratie mit Hüfen getreten würden. Die Sozialdemokratie bestimme die Anträge der Regierungspartei und verlange ein

Verbot durch Juchasch auf die hohen Einkommen.

Dafür habe sich bekanntlich auch der Reichspräsident ausgesprochen, der in den letzten Tagen für unpolitische Zwecke mißbraucht worden sei. Sehr scharf machte sich Keil gegen die erhöhte Umsatzsteuer für Warenhäuser und für Konsumvereine. Man treffe damit die rationelle Warenförderung. Außerdem habe sich schon früher die Umverteilung der Warenhäuser gesteuert, weil die Warenhäuser, gestützt auf ihre wirtschaftliche Macht, die Steuer auf ihre Lieferanten zurückzuführen. Die Konsumvereine seien bei einer radikalen arbeitereindeutigen Maßnahme. Franzisch ist, daß auch die Zentrumspartei in deren Reich die christliche Konsumvereine

Sozialdemokrat Keil über die volksfeindliche Finanzpolitik der Brüning-Regierung

Keil sprach mit dem deutschen Volke vor seiner Ankerpflicht als starker Mann angepöbeln worden. Seine Kraft brach aber schon am ersten Tage zusammen, als er sich dem demütigenden Diktat Eugenbergs fügte. Seitdem hat man von der Führerschaft Brüning's nichts mehr gesehen und nichts mehr gehört. Seit einer Woche befinden sich Regierung und Opposition in einem so allgemeinen Durcheinander.

In ihrem Augenblick weiß man, zu welchem Steuerprogramm die Regierung noch sich oder noch weiter so herabgegangenen Forderungen sich schon wieder preisgegeben hat. Der Reichsfinanzminister Dr. Wobben-gauer wird wie ein Spielball zwischen den verschiedenen Interessenten hin und her geworfen. Er, der in seinem gemühtlichen Kölner Dialekt am Sonntag in Wuppertal die Diktatur befehligen hat, erleidet jeden Tag im Steueranspruch und im Reichstagsplenum mehrere Niederlagen.

Auch die Sitzung am Donnerstag begann sofort wieder mit einer

schwerer Panne Wobben-gaues.

Er begründete nicht etwa die Steuererhöhung der Regierung, sondern er hatte den Befehl erhalten, sie preiszugeben und dafür die Kompromißlösungen anzugreifen. Das Reich Wobben-gauer wollte aber, daß die Anträge, die er dem Hause, wenn auch unter stärksten Bedenken, empfahl, noch nicht einmal gedruckt ausgehen würden. Man konnte natürlich dem Reichstag nicht zumuten, über Steueranträge der Regierungspartei zu beraten, gegen die der Reichsfinanzminister stärkste Befehlsungen empfand, wenn man nicht einmal wußte, was eigentlich in diesen Anträgen stand.

In der nach 5 Uhr wieder eröffneten Sitzung nahm der sozialdemokratische Abgeordnete Keil das Wort. Er verurteilte unter anderem die Schöneberg-Regierungspartei als Oberste von einem falschen Ministerium. Darauf könne man nur noch mit einem hohen Gelächter antworten. Niemand habe Deutschland eine so

schwache und demütigende Regierung

gehabt wie diese. Sie große häßlich, alle verfassungsmäßigen Mittel anzunehmen, sei aber in Wirklichkeit längst unter das Kommando der „Grünen Front“, der Wirtschaftspartei und der Bayerischen Volkspartei geraten. In der Verfassung stehe, daß der Reichskanzler die Richtlinien der Politik bestimme. Seine Man sich aber diese Steuererlagen mit der höheren Befugnung der Währungsbehörde und der Konsumvereine an, so könne man mit größtem Recht sagen, die Richtlinien der Steuerpolitik würden bestimmt durch Herrn Wobben-gauer in Berlin. Unmöglich könne auf diesem Wege eine organische Neugestaltung unserer Finanzen eintreten. Die Sozialdemokratie habe als Oppositionspartei nicht die Pflicht, der Regierung Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die Interessen der Wähler der Sozialdemokratie mit Hüfen getreten würden. Die Sozialdemokratie bestimme die Anträge der Regierungspartei und verlange ein

Verbot durch Juchasch auf die hohen Einkommen.

Dafür habe sich bekanntlich auch der Reichspräsident ausgesprochen, der in den letzten Tagen für unpolitische Zwecke mißbraucht worden sei. Sehr scharf machte sich Keil gegen die erhöhte Umsatzsteuer für Warenhäuser und für Konsumvereine. Man treffe damit die rationelle Warenförderung. Außerdem habe sich schon früher die Umverteilung der Warenhäuser gesteuert, weil die Warenhäuser, gestützt auf ihre wirtschaftliche Macht, die Steuer auf ihre Lieferanten zurückzuführen. Die Konsumvereine seien bei einer radikalen arbeitereindeutigen Maßnahme. Franzisch ist, daß auch die Zentrumspartei in deren Reich die christliche Konsumvereine

Sozialdemokrat Keil über die volksfeindliche Finanzpolitik der Brüning-Regierung

Keil sprach mit dem deutschen Volke vor seiner Ankerpflicht als starker Mann angepöbeln worden. Seine Kraft brach aber schon am ersten Tage zusammen, als er sich dem demütigenden Diktat Eugenbergs fügte. Seitdem hat man von der Führerschaft Brüning's nichts mehr gesehen und nichts mehr gehört. Seit einer Woche befinden sich Regierung und Opposition in einem so allgemeinen Durcheinander.

In ihrem Augenblick weiß man, zu welchem Steuerprogramm die Regierung noch sich oder noch weiter so herabgegangenen Forderungen sich schon wieder preisgegeben hat. Der Reichsfinanzminister Dr. Wobben-gauer wird wie ein Spielball zwischen den verschiedenen Interessenten hin und her geworfen. Er, der in seinem gemühtlichen Kölner Dialekt am Sonntag in Wuppertal die Diktatur befehligen hat, erleidet jeden Tag im Steueranspruch und im Reichstagsplenum mehrere Niederlagen.

Auch die Sitzung am Donnerstag begann sofort wieder mit einer

schwerer Panne Wobben-gaues.

Er begründete nicht etwa die Steuererhöhung der Regierung, sondern er hatte den Befehl erhalten, sie preiszugeben und dafür die Kompromißlösungen anzugreifen. Das Reich Wobben-gauer wollte aber, daß die Anträge, die er dem Hause, wenn auch unter stärksten Bedenken, empfahl, noch nicht einmal gedruckt ausgehen würden. Man konnte natürlich dem Reichstag nicht zumuten, über Steueranträge der Regierungspartei zu beraten, gegen die der Reichsfinanzminister stärkste Befehlsungen empfand, wenn man nicht einmal wußte, was eigentlich in diesen Anträgen stand.

In der nach 5 Uhr wieder eröffneten Sitzung nahm der sozialdemokratische Abgeordnete Keil das Wort. Er verurteilte unter anderem die Schöneberg-Regierungspartei als Oberste von einem falschen Ministerium. Darauf könne man nur noch mit einem hohen Gelächter antworten. Niemand habe Deutschland eine so

schwache und demütigende Regierung

gehabt wie diese. Sie große häßlich, alle verfassungsmäßigen Mittel anzunehmen, sei aber in Wirklichkeit längst unter das Kommando der „Grünen Front“, der Wirtschaftspartei und der Bayerischen Volkspartei geraten. In der Verfassung stehe, daß der Reichskanzler die Richtlinien der Politik bestimme. Seine Man sich aber diese Steuererlagen mit der höheren Befugnung der Währungsbehörde und der Konsumvereine an, so könne man mit größtem Recht sagen, die Richtlinien der Steuerpolitik würden bestimmt durch Herrn Wobben-gauer in Berlin. Unmöglich könne auf diesem Wege eine organische Neugestaltung unserer Finanzen eintreten. Die Sozialdemokratie habe als Oppositionspartei nicht die Pflicht, der Regierung Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die Interessen der Wähler der Sozialdemokratie mit Hüfen getreten würden. Die Sozialdemokratie bestimme die Anträge der Regierungspartei und verlange ein

Verbot durch Juchasch auf die hohen Einkommen.

Dafür habe sich bekanntlich auch der Reichspräsident ausgesprochen, der in den letzten Tagen für unpolitische Zwecke mißbraucht worden sei. Sehr scharf machte sich Keil gegen die erhöhte Umsatzsteuer für Warenhäuser und für Konsumvereine. Man treffe damit die rationelle Warenförderung. Außerdem habe sich schon früher die Umverteilung der Warenhäuser gesteuert, weil die Warenhäuser, gestützt auf ihre wirtschaftliche Macht, die Steuer auf ihre Lieferanten zurückzuführen. Die Konsumvereine seien bei einer radikalen arbeitereindeutigen Maßnahme. Franzisch ist, daß auch die Zentrumspartei in deren Reich die christliche Konsumvereine

Sozialdemokrat Keil über die volksfeindliche Finanzpolitik der Brüning-Regierung

Keil sprach mit dem deutschen Volke vor seiner Ankerpflicht als starker Mann angepöbeln worden. Seine Kraft brach aber schon am ersten Tage zusammen, als er sich dem demütigenden Diktat Eugenbergs fügte. Seitdem hat man von der Führerschaft Brüning's nichts mehr gesehen und nichts mehr gehört. Seit einer Woche befinden sich Regierung und Opposition in einem so allgemeinen Durcheinander.

In ihrem Augenblick weiß man, zu welchem Steuerprogramm die Regierung noch sich oder noch weiter so herabgegangenen Forderungen sich schon wieder preisgegeben hat. Der Reichsfinanzminister Dr. Wobben-gauer wird wie ein Spielball zwischen den verschiedenen Interessenten hin und her geworfen. Er, der in seinem gemühtlichen Kölner Dialekt am Sonntag in Wuppertal die Diktatur befehligen hat, erleidet jeden Tag im Steueranspruch und im Reichstagsplenum mehrere Niederlagen.

Auch die Sitzung am Donnerstag begann sofort wieder mit einer

schwerer Panne Wobben-gaues.

Er begründete nicht etwa die Steuererhöhung der Regierung, sondern er hatte den Befehl erhalten, sie preiszugeben und dafür die Kompromißlösungen anzugreifen. Das Reich Wobben-gauer wollte aber, daß die Anträge, die er dem Hause, wenn auch unter stärksten Bedenken, empfahl, noch nicht einmal gedruckt ausgehen würden. Man konnte natürlich dem Reichstag nicht zumuten, über Steueranträge der Regierungspartei zu beraten, gegen die der Reichsfinanzminister stärkste Befehlsungen empfand, wenn man nicht einmal wußte, was eigentlich in diesen Anträgen stand.

In der nach 5 Uhr wieder eröffneten Sitzung nahm der sozialdemokratische Abgeordnete Keil das Wort. Er verurteilte unter anderem die Schöneberg-Regierungspartei als Oberste von einem falschen Ministerium. Darauf könne man nur noch mit einem hohen Gelächter antworten. Niemand habe Deutschland eine so

schwache und demütigende Regierung

gehabt wie diese. Sie große häßlich, alle verfassungsmäßigen Mittel anzunehmen, sei aber in Wirklichkeit längst unter das Kommando der „Grünen Front“, der Wirtschaftspartei und der Bayerischen Volkspartei geraten. In der Verfassung stehe, daß der Reichskanzler die Richtlinien der Politik bestimme. Seine Man sich aber diese Steuererlagen mit der höheren Befugnung der Währungsbehörde und der Konsumvereine an, so könne man mit größtem Recht sagen, die Richtlinien der Steuerpolitik würden bestimmt durch Herrn Wobben-gauer in Berlin. Unmöglich könne auf diesem Wege eine organische Neugestaltung unserer Finanzen eintreten. Die Sozialdemokratie habe als Oppositionspartei nicht die Pflicht, der Regierung Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die Interessen der Wähler der Sozialdemokratie mit Hüfen getreten würden. Die Sozialdemokratie bestimme die Anträge der Regierungspartei und verlange ein

Verbot durch Juchasch auf die hohen Einkommen.

Dafür habe sich bekanntlich auch der Reichspräsident ausgesprochen, der in den letzten Tagen für unpolitische Zwecke mißbraucht worden sei. Sehr scharf machte sich Keil gegen die erhöhte Umsatzsteuer für Warenhäuser und für Konsumvereine. Man treffe damit die rationelle Warenförderung. Außerdem habe sich schon früher die Umverteilung der Warenhäuser gesteuert, weil die Warenhäuser, gestützt auf ihre wirtschaftliche Macht, die Steuer auf ihre Lieferanten zurückzuführen. Die Konsumvereine seien bei einer radikalen arbeitereindeutigen Maßnahme. Franzisch ist, daß auch die Zentrumspartei in deren Reich die christliche Konsumvereine

Sozialdemokrat Keil über die volksfeindliche Finanzpolitik der Brüning-Regierung

Keil sprach mit dem deutschen Volke vor seiner Ankerpflicht als starker Mann angepöbeln worden. Seine Kraft brach aber schon am ersten Tage zusammen, als er sich dem demütigenden Diktat Eugenbergs fügte. Seitdem hat man von der Führerschaft Brüning's nichts mehr gesehen und nichts mehr gehört. Seit einer Woche befinden sich Regierung und Opposition in einem so allgemeinen Durcheinander.

In ihrem Augenblick weiß man, zu welchem Steuerprogramm die Regierung noch sich oder noch weiter so herabgegangenen Forderungen sich schon wieder preisgegeben hat. Der Reichsfinanzminister Dr. Wobben-gauer wird wie ein Spielball zwischen den verschiedenen Interessenten hin und her geworfen. Er, der in seinem gemühtlichen Kölner Dialekt am Sonntag in Wuppertal die Diktatur befehligen hat, erleidet jeden Tag im Steueranspruch und im Reichstagsplenum mehrere Niederlagen.

Auch die Sitzung am Donnerstag begann sofort wieder mit einer

schwerer Panne Wobben-gaues.

Er begründete nicht etwa die Steuererhöhung der Regierung, sondern er hatte den Befehl erhalten, sie preiszugeben und dafür die Kompromißlösungen anzugreifen. Das Reich Wobben-gauer wollte aber, daß die Anträge, die er dem Hause, wenn auch unter stärksten Bedenken, empfahl, noch nicht einmal gedruckt ausgehen würden. Man konnte natürlich dem Reichstag nicht zumuten, über Steueranträge der Regierungspartei zu beraten, gegen die der Reichsfinanzminister stärkste Befehlsungen empfand, wenn man nicht einmal wußte, was eigentlich in diesen Anträgen stand.

In der nach 5 Uhr wieder eröffneten Sitzung nahm der sozialdemokratische Abgeordnete Keil das Wort. Er verurteilte unter anderem die Schöneberg-Regierungspartei als Oberste von einem falschen Ministerium. Darauf könne man nur noch mit einem hohen Gelächter antworten. Niemand habe Deutschland eine so

schwache und demütigende Regierung

gehabt wie diese. Sie große häßlich, alle verfassungsmäßigen Mittel anzunehmen, sei aber in Wirklichkeit längst unter das Kommando der „Grünen Front“, der Wirtschaftspartei und der Bayerischen Volkspartei geraten. In der Verfassung stehe, daß der Reichskanzler die Richtlinien der Politik bestimme. Seine Man sich aber diese Steuererlagen mit der höheren Befugnung der Währungsbehörde und der Konsumvereine an, so könne man mit größtem Recht sagen, die Richtlinien der Steuerpolitik würden bestimmt durch Herrn Wobben-gauer in Berlin. Unmöglich könne auf diesem Wege eine organische Neugestaltung unserer Finanzen eintreten. Die Sozialdemokratie habe als Oppositionspartei nicht die Pflicht, der Regierung Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die Interessen der Wähler der Sozialdemokratie mit Hüfen getreten würden. Die Sozialdemokratie bestimme die Anträge der Regierungspartei und verlange ein

Verbot durch Juchasch auf die hohen Einkommen.

Dafür habe sich bekanntlich auch der Reichspräsident ausgesprochen, der in den letzten Tagen für unpolitische Zwecke mißbraucht worden sei. Sehr scharf machte sich Keil gegen die erhöhte Umsatzsteuer für Warenhäuser und für Konsumvereine. Man treffe damit die rationelle Warenförderung. Außerdem habe sich schon früher die Umverteilung der Warenhäuser gesteuert, weil die Warenhäuser, gestützt auf ihre wirtschaftliche Macht, die Steuer auf ihre Lieferanten zurückzuführen. Die Konsumvereine seien bei einer radikalen arbeitereindeutigen Maßnahme. Franzisch ist, daß auch die Zentrumspartei in deren Reich die christliche Konsumvereine

Sozialdemokrat Keil über die volksfeindliche Finanzpolitik der Brüning-Regierung

Keil sprach mit dem deutschen Volke vor seiner Ankerpflicht als starker Mann angepöbeln worden. Seine Kraft brach aber schon am ersten Tage zusammen, als er sich dem demütigenden Diktat Eugenbergs fügte. Seitdem hat man von der Führerschaft Brüning's nichts mehr gesehen und nichts mehr gehört. Seit einer Woche befinden sich Regierung und Opposition in einem so allgemeinen Durcheinander.

In ihrem Augenblick weiß man, zu welchem Steuerprogramm die Regierung noch sich oder noch weiter so herabgegangenen Forderungen sich schon wieder preisgegeben hat. Der Reichsfinanzminister Dr. Wobben-gauer wird wie ein Spielball zwischen den verschiedenen Interessenten hin und her geworfen. Er, der in seinem gemühtlichen Kölner Dialekt am Sonntag in Wuppertal die Diktatur befehligen hat, erleidet jeden Tag im Steueranspruch und im Reichstagsplenum mehrere Niederlagen.

Hundert Jahre „Positive Philosophie“

Zum Gedächtnis an August Comte - Von Ludwig Eiderich (Wien)

Als August Comte, damals ein junger Elter, 1800 in Paris im ersten Band seines Hauptwerkes „Cours de Philosophie positive“ erschienen ist, hatte das große Publikum seine Zeit, sich mit abstrakten Problemen zu befassen. Das politische Leben nahm seine Aufmerksamkeit rasch in Anspruch. In diesem schicksalreichen Jahre erlebte Frankreich den Staatsstreich des „Bürger-Königs“ Louis Philippe, Barrabandenkämpfe, Justizleben, Utopologien der Reaktion. So kam es, daß man die Arbeit produktiven Gelehrtenhaftens: ein Wert überließ, das eine neue Epoche in der Soziologie einleiten sollte.

Der Name Comte war einem Kreis philosophisch interessierter Intellektueller nicht unbekannt. Als Schüler und späterer Gegner des Sozialreformers Saint-Simon hatte der Dreißigjährige bereits eine Reihe nationalökonomischer und philosophischer Arbeiten veröffentlicht, sich als Mitarbeiter an den Wärrern „Organisator“ und „Le Producteur“ einen guten Namen erworben und seinen Ruf als Wissenschaftler namentlich dadurch begründet, daß er 1826 vor einem gelehrten Forum — auch Alexander v. Humboldt gehörte zu seinen Hörern — einen Vortrag über seine „neue“ Philosophie hielt.

Die Zeit der Entstehung der „Philosophie positive“ fällt in die Nummerjahre Comtes. Im hiesigen Sinne um die neue Ära (er war lange Mathematiker), eingeleitet zwischen den Konflikten seiner unglücklichen Ehe, von einem Verenden bedrängt, schuf er unermüdet an dem Werk, das ihm Lebensinhalt geworden war. Voller zwölf Jahre arbeitete Comte an dessen Vervollendung, erst 1842 lag die „Philosophie positive“ in sechs Bänden abgeschlossen vor. Von den fruchtbarsten grimmig angefeindet, durfte Comte den Triumph seines Werkes nicht mehr erleben. Er starb 1857 erkrankt und als Sowerling, der sich mit seinen intimsten Freunden überworfen hatte. Obwohl nicht unglücklich, veröffentlichte Comte nach 1842 keine Arbeiten von Bedeutung mehr. Die von seinen Schülern gegründete „Société positive“, aber auch die „Commissaires Communes“ in England, Amerika und Schweden übten ohne nachhaltigen Einfluß auf das europäische Geistesleben; während offizielle Bildungsbildner und Rüstler seine Lehre wegen der „unmoralischen“ Falschheit seines mathematisierenden Materialismus ablehnten.

Das Werk, dessen 100jähriges Jubiläum wir gegenwärtig feiern, ist breit angelegt und reichhaltig von ermüdender Schwerfälligkeit. Während sich die ersten drei Bände der Positiven Philosophie mit naturphilosophischen Problemen befassen, sind die übrigen drei ausschließlich dem soziologischen Fragekomplex gewidmet. Besonders stark haben Comtes Ideenwege auf die Philosophie der Engländer John Stuart Mill und Herbert Spencer Einfluß gewonnen.

Was versteht man Comte unter „positiver Philosophie“?

Er nennt sie: „Das allgemeine System menschlicher Anschauungen. Und indem ich das Wort positiv hinzusetze, fundiere ich an, daß ich die Art zu philosophieren meine, die darin besteht, die Theorien, auf welchen Gedankengänge immer, so verschieden, daß sie zum Ziele die Beschreibung der beobachteten Tatsachen haben.“ Comte stellt sich also auf den empirischen Standpunkt, der nur die auf dem Erfahrungsweg gewonnenen Tatsachenerforschung als wissenschaftlich zulässig erklärt. Comte leugnet die absolute Erkenntnis, er hält unser Wissen für begrenzt, für „relativ“, alle „ersten Ursachen“, das „Wesen“ der Dinge, bleiben uns seiner Ansicht nach verschlossen.

Nach seiner Darstellung hat die menschliche Erkenntnis drei Entwicklungsstadien durchgemacht. Im ersten, dem theologischen, bezieht sich der Mensch das Geschehen bloß auf dem Wirken imaginärer Kräfte zu erklären, er schreitet vom Fetischismus über den Polytheismus zur Monotheologie, auf der sich dann die metakosmische Epoche, aufbaut, in der abstrakte Ideen Alleingeltung gewinnen und die Stelle der Götter einnehmen. In der letzten positiven Periode endlich herrscht die Erkenntnis vor, daß alles uns herum Naturgesetze unterworfen ist und nur die Ursachen gelten. Wenn dem Menschen auch die Erkenntnis der Wesenheit verlagert ist, vermag er dennoch im Bereich des Weltbildes die wichtigsten festzustellen; das was wir Gesetze nennen.

Dieses Wissen befähigt uns auf einen gewissen Vorausblick des Kommenden, zu einer wissenschaftlichen Prophezie. Der Philosoph, einer streng rationalen Deamentenfamilie aus Montpellier entstammend, wendet sich dabei mit kritischer Schärfe

gegen die Konfessionen. Auf diesem Gedankenwege entwickelt Comte eine Wissenschaftstheorie und gibt die Darstellung einer „Hierarchie der Wissenschaften“.

Die eigentliche Bedeutung Comtes liegt aber auf dem Gebiet der Soziologie, die er gründet, der er den Namen gegeben hat. War das gesellschaftliche Sein auch schon vor ihm Gegenstand der Untersuchung, so war es doch erst Comte, der die Soziologie aus dem Irregalen vager Begriffsspekulationen zu befreien. Sein hauptsächlichstes Verdienst liegt in dem Versuch, das Gesamtmögliche im sozialen Werden aufzuzeigen und die Verwendung der empirischen Methode auf die Gesellschaftslehre, wobei er ausdrücklich die Anwendung naturwissenschaftlicher Methoden fordert.

Seine Soziologie zerfällt in zwei Teile, in die Statik, die die Bedingungen des dauernden Bestehens der sozialen Zustände behandelt und die Dynamik, die die Untersuchung der Fort-

nen Lehrer hinweisen. Wenn von Saint-Simon darauf hingewiesen, daß jeder Mensch in der geistigen Entwicklung gebunden ist an ein gewisses politisches System, das wieder durch eine gewisse (wirtschaftliche) Ordnung des Eigentums und der Gütererzeugung bedingt ist — eine Erkenntnis von epochaler Bedeutung! — so finden wir diesen Gedankengang auch bei Comte. Wie Saint-Simon seine Weltanschauung schließlich in einem Nihilismus auslingen läßt, so führt auch Comte seine „positive“ Philosophie in ein Labrinth teils naiver, teils geradezu narrativer religiös gefärbter Phantasmen. Er begründet eine „Religion der Humanität“, welche die Liebe zum Prinzip, die Ordnung zur Grundlage und den Fortschritt zum Ziele hat; die öffentliche Gottesdienste abhält, rein Sakramente anerkennt, den Raum, die Erde, herozogende Männer und das Unberühmte verehrt. Die Privatandacht besteht in der Andeutung berechnungswir-



Ägyptische Kunst

Sines:

Der Kopf der Königin „Khephren“, eines der wertvollsten Stücke ägyptischer Kunst, der sich im deutschen Reich befindet, soll jetzt an Kopenhagen zurückgegeben werden, während Deutschland zwei kostbare Stücke aus Ägypten als Gegenwert dafür erhält.

Recht:

Das eine der Größtstücke für die Metropole. Die berühmte Figur des Oberpriesters Khephren aus der Zeit um 2500 vor Christi. Die Statue ist lebensgroß, besteht aus bemaltem Kalkstein und wurde in einem Grab bei Assara gefunden.

schrittsgänge zur Aufgabe hat. Der Fundamentbegriff der Statik ist der des „Konjunktus“, der Solidarität, der Verbindung der Individuen vom sozialen Gemeinwesen. Dem Menschen ist ein „sozialer Trieb“ ebenso natürlich wie der egoistische, das absolute Individuum ist eine bloße Abstraktion, jeder Mensch ein Produkt sozialer Bindungen und sozialer Ursprünglichkeit. Die Gesellschaft baut sich auf der Familie auf, die Familie ist die Urzelle des Staates. In der Dynamik räumte Comte dem Entwicklungsprinzip eine dominierende Stellung ein. Er definiert den Fortschritt als das wachsende Ueberwiegen der höheren, altruistischeren Fähigkeiten über die triebhaft-animistischen, sieht also das Ziel der Kultur in einer Ueberwindung des Egoismus.

Wenn Comte auch in entscheidender Weise den Einfluß Saint-Simonischer Ideen auf sein soziologisches System betritten hat, so zeigen sich in einzelnen Punkten Analogien, die deutlich auf sei-

ner Frauen. (1) In seinen letzten Jahren, wo Comte sich sogar mit der Polygamie abgab, nimmt dieser Euthanasiasmus für die positive Religion bei Comte direkt pathologische Formen an, sein Geist ist endlich völlig umklimmt. Er schreibt dem Schuitgeneral Bel einen Brief, um ihn für eine Biga gegen Protestantismus und Skeptizismus zu gewinnen, er bietet dem Jar die Weibherrschafft an, falls er ihm, Comte, die geistliche Herrschaft überlassen wolle, er vertritt schließlich allen Entschluß die Theorie, daß sich das Weib in Zukunft allein, ohne Mißhilfe des Mannes, werde fortzupflanzen können.

Westlich und färsperlich getroffen, tritt Comte im Alter von 60 Jahren. Sein Verdienst war die wissenschaftliche Begründung der Soziologie, wenn er auch die wahren Triebkräfte der Gesellschaftsbildung noch nicht erkannt hat. Dies war erst seinem Ueberwinder vorbehalten, dem Autor des „Kapital“ Karl Marx.

beim Ober, wenn man verdrinnen will, daß der Eingeladene berappt. Man läßt der Tante den Vortritt, — außer im Restaurant oder in anderen, von Publikum umgebenen Lokalen, wo man selbst vorangeht, um ihr die Gänge nach einem freien Platz abzugewinnen. Man läßt einer unterbeirateten Person weiblichen Geschlechts nicht die Hand und schon gar nicht auf offener Straße. Man magt dem munden Weib über der schwangere Frau ohne Aufschub Platz in der Elektrischen oder in der Untergrundbahn.

Man darf sich aber ebenso wader in die Pfeifen setzen und mit schönen Offensiven todeln, was man zu loben hat. Man muß das gebotene Mitgangsmäß begieriger finden, kann jedoch ebenjotig mit der Würde hinter dem Beiz hervorbrechen, falls man bei wochhabenden Leuten speist und mit ihnen genügend intim ist. Man muß über Neuersehungen auf dem Bühnenmarkt reden, darf aber in Gottes Namen auch keine Unkenntnis eingestehen. Denn das Bären gerät wehr und mehr in Mitleid. Man muß einer Dame, die sich eine Zigarette in das Mundloch steckt, das baugewöhnliche Feuer reichen. Es schadet andererseits nicht das mindeste, wenn man sich erst dazu auffordern läßt. Man braucht der neulandischen Dame auch nicht von der Tramway zu helfen. Frauen, die sich öffentlich puberen und schminieren, sind merkwürdigerweise unfaßbar, ganz allein und ohne Assistenz eine Tramway zu verlassen. Man darf sich gegenjektiv apertieren, wenn man ein Glas antrinkt. Man darf sogar „Gesätze mit“ schnarren. Erfordentlich ist es nicht. Man muß „Berzehrung!“ sagen, wenn man einem Wirtinnenchen auf die Gage tritt oder die Zigaretten an seinen Mantel anstreift. Hymenberaum ist es nicht und überflüssig. „Zur Geburtheit!“ zu rufen, ist oft jemand nicht. Das gehört zum alten Eisen, ist kulturhistorisch interessant, doch altfärsch und unruhlos. Man hat (nicht nur in Partijerkreisen!) beim Husten, Gähnen und Niesen die Hand vor den Mund zu halten. Von wegen der Bakterien. Das sind exzente und übernormale Dinge, an denen gewöhnlich nicht zu rütteln und nicht zu deuteln ist.

Und was darf man nicht?

Man darf sich nicht im Gesicht herumsumfieren, sofern Geigen dabei sind. Namentlich die Nase ist tabu. Man soll seinen biffigen Koder nicht mit zu Neumanns nehmen, ganz abgesehen davon, daß Neumanns keine Kinder haben, die auf dem Boden herumkrabchen. Man soll aber auch den Spargel nicht mit den Fingern essen. Das ist unheimlich und normal zu sich nehmen. Denn Spargel selbst durchaus nicht durch die Behandlung mit einem Pfeffer. Obgleich der Geruchstiel bestimmt hierbei. Am Hofe Ludwig des Bierzehnten kobierte man sich beim Verzehren von Fleischgerichten eines Messers. Oder der la main. Trotzdem soll man Eßbares nicht betasten. Man soll auch die Zigaretten nicht einstecken und am oberen Ende abtauen. Man soll nicht in den Gärten stoßern und auch nicht hundentlang ein Früheres herumzuklagen suchen. Und man soll nicht Freiwille für die Oper oder für das Schauspiel stellen und dann das Stück verzeihen, über die Darstellung schimpfen, sich das Kopfschütteln erlauben und sich noch moderatig hinein überall herum erschälen, das es ein Schmarren haben sei.

Kaufend und Weinmen haben ihre Grenzen. Sein Franzose sagt schließlich „Ja“ oder „Nein“, sondern sagt „Monieur“ oder „Madame“ hinaus. Beim Militär war „Ja“ eine Ungehörigkeit erster Sorte. Es mußte „Jawohl!“ gesagt werden und dazu der Titel des Angehörigen.

Lord Gladstone verjagte über eine Abart von Höflichkeit, indem er jeden Menschen bei der Begrüßung fragte: „Was, was machst das alte Leiden?“ Er hatte keinen Walfen-Schimmer, ob der Begrüße glückselig-angenehmer Besucher eines Leibes sei oder nicht, aber er wußte, daß es wohl-tun und das Gemüt wärmt, so ein anderer nach dem alten Leiden forscht. Und er hat wissentlich in sämtlichen Fällen getreuen Bericht über den bezerrigten Stand des alten Leibes erhalten. Uniere Häsel. „Wie geht's?“ die mit dem wachstümlichen „Danke, gut!“ beantwortet zu werden pflegt, hat nichts auf sich. Man wech in Formus die Erdröberung und darüber hinweg. Ein feines, unverändertes Einleitungsgeplänkel zur Konversation; ebenso unverändert wie das statum bekannte Gespräch über das Wetter; keinem sonstigen Zweck dienlich, als eine gemeinliche Pösis für harmlose oder folgenstößere Unterhaltung zu betreiben.

Tent man gerüdt, wie es früher war, in der sogenannten „guten, alten Zeit“, die, bei Nichte beladen, gleichfalls eine zum Teil gewinnliche, elende, niederträchtige, höchst moderne Gegenwart war, so muß man zugeben, daß sich ein gutes Bild vorwärts sind. Mit dem Konjekt ist dieser Schwindel gefallen. Wir sind in jeder Beziehung vom Konjekt befreit. Und dennoch kosten uns Hunderte von Ueberbleibseln an, die nicht zu uns passen. Von denen Habschied zu nehmen wir nicht den Scheid haben.

Sitte und Gewohnheit

Anstandsregeln in alter und neuer Zeit - Von Hans Reimann

Im seligen „Anigge“ findet sich nicht über die Dinge, die man darin erwarbt. Es ist ein philosophisches Buch über die Begabung von Mensch zu Mensch. Anigge läßt uns nicht im D-Duz-Zempe nachträglich durch die Rinderbüchse fahren; er zeigt mehr zu Manieren noch zu anderen Ausgeburt des Zahngrißes. Er erwidert keineswegs den Fiegel im Menschen. Wenigstens nicht durch patrisch besorgbare Rationalität für Gesellschaft und festliche oder alltägliche Gelegenheiten.

In der Epoche nach dem Kriege hat sich mancherlei von Grund auf geändert, und was 1914 allgemeine Gültigkeit besaß, ist heute voller eckelhaft. Anstand und Benehmen, ohnehin relative Begriffe, bedürfen einer neuen Fixierung, wenigstens eine Menge erprobter und bewährter Recepte in Kraft gelassen. Man pugt sich immer noch die Nase ab, wenn man, zumal bei nassem Wetter, eine fremde oder eine eigene Wohnung betritt. Man begiebt heimlich die Bege-

Um Lohn und Papiere

Nicht der Angeklagte, der Kläger ist schuldig

Von dem Schöffengericht in Berlin-Mitte wurde ein 40-jähriger Arbeiter wegen Unterschlagung, Unterschlagung, Diebstahl und Unterschlagung zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Der Mann ist jedoch der Kläger im Hauptverfahren und die Strafe im Hauptverfahren ist nur ein Jahr Gefängnis. Auf der Anklagebank sitzt ein älterer, schon verheirateter Mann. Sein Geschäft besteht aus dem Verkauf von Waren. Er ist ein Mann von Ehrlichkeit und Gerechtigkeit. Er hat eine Frau und zwei Kinder. Er hat eine gute Ausbildung und ist ein sehr fleißiger Arbeiter. Er hat eine gute Reputation in der Gemeinde. Er hat eine gute Ausbildung und ist ein sehr fleißiger Arbeiter. Er hat eine gute Reputation in der Gemeinde.

Der Angeklagte ist bei einem Tagelöhner in Arbeit, der dem Hauptverfahren wenig oder gar nichts zahlt. Einmal Tages gerät er mit dem Chef in ernsthafte Differenzen, und im Verlauf des Streites verlangt er von ihm seine Papiere und den rückständigen Lohn. Der Tagelöhnermeister — das ergibt das

Urd der Gerichtsverhandlung — stellt als typischer Vertreter eines widerwärtigen unangenehmen Kleinbürgertums den Chef heraus, und sagt mit bittrextorialischem Nachdruck: „Gold und Papiere triegen Sie hinter! Der alte Mann, der die Papiere ohnehin dringend braucht wie den Lohn, wird dringender, aber der Chef reagiert nur mit einem nachlässigen Aufschub, stellt sich eine dicke Zigarre an. Man aber gerät der heute Angeklagte in eine sehr anklagliche Stimmung, verrennt sich in begriffliche Wut, erregt, empört sich, nennt den Tagelöhnermeister einen „Lumpen“ und „Kassabehälter“ und läßt sich in der Erregung dazu hinreißen die Zimmertür zu zertrümmern und den Arbeitgebers tüchtig zu bedrohen.

Der Tagelöhnermeister, todend vor Empörung, läßt zum Nach und legt den Heroldler an. Ein Staatsanwalt als Sachverständiger tritt, vor sportlichen Reiz der Aufgabe ergriffen, darauf möglichst viel verurteilte Paragrafen gegen den Mann in Bewegung zu setzen. Als Hauptparagrafen fungieren der § 243, § 244, § 245 und die Anklagen, § 246, § 247, § 248, § 249, § 250, § 251, § 252, § 253, § 254, § 255, § 256, § 257, § 258, § 259, § 260, § 261, § 262, § 263, § 264, § 265, § 266, § 267, § 268, § 269, § 270, § 271, § 272, § 273, § 274, § 275, § 276, § 277, § 278, § 279, § 280, § 281, § 282, § 283, § 284, § 285, § 286, § 287, § 288, § 289, § 290, § 291, § 292, § 293, § 294, § 295, § 296, § 297, § 298, § 299, § 300, § 301, § 302, § 303, § 304, § 305, § 306, § 307, § 308, § 309, § 310, § 311, § 312, § 313, § 314, § 315, § 316, § 317, § 318, § 319, § 320, § 321, § 322, § 323, § 324, § 325, § 326, § 327, § 328, § 329, § 330, § 331, § 332, § 333, § 334, § 335, § 336, § 337, § 338, § 339, § 340, § 341, § 342, § 343, § 344, § 345, § 346, § 347, § 348, § 349, § 350, § 351, § 352, § 353, § 354, § 355, § 356, § 357, § 358, § 359, § 360, § 361, § 362, § 363, § 364, § 365, § 366, § 367, § 368, § 369, § 370, § 371, § 372, § 373, § 374, § 375, § 376, § 377, § 378, § 379, § 380, § 381, § 382, § 383, § 384, § 385, § 386, § 387, § 388, § 389, § 390, § 391, § 392, § 393, § 394, § 395, § 396, § 397, § 398, § 399, § 400, § 401, § 402, § 403, § 404, § 405, § 406, § 407, § 408, § 409, § 410, § 411, § 412, § 413, § 414, § 415, § 416, § 417, § 418, § 419, § 420, § 421, § 422, § 423, § 424, § 425, § 426, § 427, § 428, § 429, § 430, § 431, § 432, § 433, § 434, § 435, § 436, § 437, § 438, § 439, § 440, § 441, § 442, § 443, § 444, § 445, § 446, § 447, § 448, § 449, § 450, § 451, § 452, § 453, § 454, § 455, § 456, § 457, § 458, § 459, § 460, § 461, § 462, § 463, § 464, § 465, § 466, § 467, § 468, § 469, § 470, § 471, § 472, § 473, § 474, § 475, § 476, § 477, § 478, § 479, § 480, § 481, § 482, § 483, § 484, § 485, § 486, § 487, § 488, § 489, § 490, § 491, § 492, § 493, § 494, § 495, § 496, § 497, § 498, § 499, § 500, § 501, § 502, § 503, § 504, § 505, § 506, § 507, § 508, § 509, § 510, § 511, § 512, § 513, § 514, § 515, § 516, § 517, § 518, § 519, § 520, § 521, § 522, § 523, § 524, § 525, § 526, § 527, § 528, § 529, § 530, § 531, § 532, § 533, § 534, § 535, § 536, § 537, § 538, § 539, § 540, § 541, § 542, § 543, § 544, § 545, § 546, § 547, § 548, § 549, § 550, § 551, § 552, § 553, § 554, § 555, § 556, § 557, § 558, § 559, § 560, § 561, § 562, § 563, § 564, § 565, § 566, § 567, § 568, § 569, § 570, § 571, § 572, § 573, § 574, § 575, § 576, § 577, § 578, § 579, § 580, § 581, § 582, § 583, § 584, § 585, § 586, § 587, § 588, § 589, § 590, § 591, § 592, § 593, § 594, § 595, § 596, § 597, § 598, § 599, § 600, § 601, § 602, § 603, § 604, § 605, § 606, § 607, § 608, § 609, § 610, § 611, § 612, § 613, § 614, § 615, § 616, § 617, § 618, § 619, § 620, § 621, § 622, § 623, § 624, § 625, § 626, § 627, § 628, § 629, § 630, § 631, § 632, § 633, § 634, § 635, § 636, § 637, § 638, § 639, § 640, § 641, § 642, § 643, § 644, § 645, § 646, § 647, § 648, § 649, § 650, § 651, § 652, § 653, § 654, § 655, § 656, § 657, § 658, § 659, § 660, § 661, § 662, § 663, § 664, § 665, § 666, § 667, § 668, § 669, § 670, § 671, § 672, § 673, § 674, § 675, § 676, § 677, § 678, § 679, § 680, § 681, § 682, § 683, § 684, § 685, § 686, § 687, § 688, § 689, § 690, § 691, § 692, § 693, § 694, § 695, § 696, § 697, § 698, § 699, § 700, § 701, § 702, § 703, § 704, § 705, § 706, § 707, § 708, § 709, § 710, § 711, § 712, § 713, § 714, § 715, § 716, § 717, § 718, § 719, § 720, § 721, § 722, § 723, § 724, § 725, § 726, § 727, § 728, § 729, § 730, § 731, § 732, § 733, § 734, § 735, § 736, § 737, § 738, § 739, § 740, § 741, § 742, § 743, § 744, § 745, § 746, § 747, § 748, § 749, § 750, § 751, § 752, § 753, § 754, § 755, § 756, § 757, § 758, § 759, § 760, § 761, § 762, § 763, § 764, § 765, § 766, § 767, § 768, § 769, § 770, § 771, § 772, § 773, § 774, § 775, § 776, § 777, § 778, § 779, § 780, § 781, § 782, § 783, § 784, § 785, § 786, § 787, § 788, § 789, § 790, § 791, § 792, § 793, § 794, § 795, § 796, § 797, § 798, § 799, § 800, § 801, § 802, § 803, § 804, § 805, § 806, § 807, § 808, § 809, § 810, § 811, § 812, § 813, § 814, § 815, § 816, § 817, § 818, § 819, § 820, § 821, § 822, § 823, § 824, § 825, § 826, § 827, § 828, § 829, § 830, § 831, § 832, § 833, § 834, § 835, § 836, § 837, § 838, § 839, § 840, § 841, § 842, § 843, § 844, § 845, § 846, § 847, § 848, § 849, § 850, § 851, § 852, § 853, § 854, § 855, § 856, § 857, § 858, § 859, § 860, § 861, § 862, § 863, § 864, § 865, § 866, § 867, § 868, § 869, § 870, § 871, § 872, § 873, § 874, § 875, § 876, § 877, § 878, § 879, § 880, § 881, § 882, § 883, § 884, § 885, § 886, § 887, § 888, § 889, § 890, § 891, § 892, § 893, § 894, § 895, § 896, § 897, § 898, § 899, § 900, § 901, § 902, § 903, § 904, § 905, § 906, § 907, § 908, § 909, § 910, § 911, § 912, § 913, § 914, § 915, § 916, § 917, § 918, § 919, § 920, § 921, § 922, § 923, § 924, § 925, § 926, § 927, § 928, § 929, § 930, § 931, § 932, § 933, § 934, § 935, § 936, § 937, § 938, § 939, § 940, § 941, § 942, § 943, § 944, § 945, § 946, § 947, § 948, § 949, § 950, § 951, § 952, § 953, § 954, § 955, § 956, § 957, § 958, § 959, § 960, § 961, § 962, § 963, § 964, § 965, § 966, § 967, § 968, § 969, § 970, § 971, § 972, § 973, § 974, § 975, § 976, § 977, § 978, § 979, § 980, § 981, § 982, § 983, § 984, § 985, § 986, § 987, § 988, § 989, § 990, § 991, § 992, § 993, § 994, § 995, § 996, § 997, § 998, § 999, § 1000.

Die Kunst geht nach Brot



Im den Straßen Berlins sah man dieser Tage einen engagierten jungen Filmkünstler, der mit einem riesigen Koffer im Hinterkopf Filmrollen und Produktionspläne auf sich aufmerkjam machte.

Die Fälscherwerkstatt von Billin.

Der Stempel- und Banknotenfälscher Mattauß, der, wie gemeldet, gefangen in Billin verhaftet wurde, hat eingestanden, die Fälschung von Stempeln seit einigen Jahren betrieben zu haben. Der Stempel, den der Staat erlassen hat, dürfte in die Millionen gehen. Da die vielen gefälschten Stempelmarken in der kleinen Stadt fälschlich nicht abgelehrt werden konnten, ist anzunehmen, daß Mattauß Mitarbeiter hatte. In B r a g wurde heute der aus Billin stammende Bankbeamte Josef B e z e r verhaftet, in dessen Wohnung ebenfalls gefälschte Stempelmarken verfertigt wurden. Es gab zu, daß er an den Fälschungen Mattaußs beteiligt war. Bei Mattauß selbst wurden Stempelmarken im Werte von 270 000 fälschlichen Kronen beschlagnahmt.

Jetzt gibt es schon Lufttagis.

Paris hat seit Mittwoch wieder eine Erregung. In einem der größten Luxushotels wurde zum erstenmal ein Lufttagis in den Dienst der Gäste gestellt. Heute, da es sich leisten können, haben alle Gelegenheiten, sich zu beliebiger Stunde ein Lufttagis zu mieten und beliebige Ziele zu besuchen. Die Preise sind allerdings vorläufig noch sehr hoch. Für jeden angelegenen Kilometer werden elf Franken verlangt, so daß die Reise nach London nicht weniger als 1200 Mark, nach Cöbergen 1000 Mark, nach Deauville 500 Mark und nach Le Havre 600 Mark kostet. In diesen Preisen ist allerdings auch die Rückreise des Fluggenossen zum Startplatz mit inbegriffen, ohne Rücksicht darauf, ob der Passagier mit zurückfährt oder nicht.

Dungerkünstler „Holl freigegeben.“

Der Kaufmann Heinrich Herz, der unter dem Namen „Holl“ vor einigen Jahren als Dungenkünstler in Berlin auftrat und angeblich einen Dungenrollen von 42 Tagen aufstellte, war, wie erinnerlich, dem Schöffengericht zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Es hatte sich nachträglich herausgestellt, daß er sich mitbeweisen in der letzten Periode seiner Schonung nach Stolobode durch die Nähe in seinen Anstalt fiedeln ließ. Auf die Verurteilung des Beklagten hob die Strafammer des Landgerichts 10 das Urteil des Schöffengerichts auf und sprach Herz frei. Das Gericht hielt es für erwieben, daß er seit dem 28. Tage seines „Dungenrollen“ nicht mehr gefangen hatte. Eine Verurteilung konnte aber nicht erfolgen, da niemand da war, der sich durch die von ihm gezahlten 50 Pfennig Eintrittsgeld geschädigt hätte.

Eiferjuchtskagodie.

Der Gerichtsbeamte Spelling in Stenbal wurde von blinder Eiferjucht gegen seine Frau, Fräulein Schütte aus S o h n e n d e g e r t, verurteilt zu einem Zwangsarbeitsarrest. Er hatte sie zu einem Zwangsarbeitsarrest abgeholt. Mit den Worten: „Du hast auch noch einen anderen!“ gab er unterwegs zwei Schüsse auf das Mädchen ab. Die Frau, durch Fräulein Schütte schwer verletzt, konnte noch fiedeln und die Wohnung des Schöffen Schönbach alarmieren. Die Verwundeten wurden ins Krankenhaus gebracht. Als man nach Spelling suchte, fand man ihn schwer verundet auf dem Boden im Garten liegen. Er hatte sich einen Schuß in die Schläfe beigebracht. Seine Verletzung ist lebensgefährlich. Auch er wurde dem Stenbal Krankenhaus zugeführt.

Schwerer Anfallsfall durch Gasvergiftung.

In der Fiedelnstraße in Magdeburg wurden in ihrer Wohnung die Witwe E. und ein bei ihr wohnender Dreher durch Gas vergiftet. In ihren Betten aufgefunden. Die Ermittlungen haben ergeben, daß über Nacht die Gasleitung unabsichtlich geöffnet wurde. Die beiden im Wohnzimmer schlafenden Kinder der Frau wurden nichts von dem Gasvergiftet bemerkt und fanden heute früh die beiden Toten vor.

Der „Falke“-Kapitän erzählt

Die Firma hätte bei dem Geschäft 200 000 Dollar verdienen können

Munition und Gewehre vom polnischen Kriegsministerium

Die Donnerstag-Verhandlung im Hamburger „Falke“-Prozess begann mit der Vernehmung des zweiten Hauptangeklagten Felix R z a m a s k i, Minnhaber der Reederei Felix R z a m a s k i, der erzählt, daß er zuerst geglaubt hat, daß die Firma bei dem Geschäft 200 000 Dollar verdienen könne.

Von der Existenz der Verträge hätte er erlt erfahren, als R z a m a s k i bereits unter Anklage stand.

gejagt worden, daß der „Falke“ die Waffen bereits vor der benzejanischen Rüste an Fischerbote abgeben sollte.

Das Gericht vernimmt nunmehr den Kapitän Hippelit.

Er berichtet, daß er sofort bei seinem Engagement dem General Del Gado vorgestellt worden wäre.

Der Kapitän erzählt, daß er sofort bei seinem Engagement dem General Del Gado vorgestellt worden wäre.

Das Gericht vernimmt nunmehr den Kapitän Hippelit.

Er berichtet, daß er sofort bei seinem Engagement dem General Del Gado vorgestellt worden wäre.

Das Gericht vernimmt nunmehr den Kapitän Hippelit.

Er berichtet, daß er sofort bei seinem Engagement dem General Del Gado vorgestellt worden wäre.

Das Gericht vernimmt nunmehr den Kapitän Hippelit.

Er berichtet, daß er sofort bei seinem Engagement dem General Del Gado vorgestellt worden wäre.

Das Gericht vernimmt nunmehr den Kapitän Hippelit.

Er berichtet, daß er sofort bei seinem Engagement dem General Del Gado vorgestellt worden wäre.

Das Gericht vernimmt nunmehr den Kapitän Hippelit.

Er berichtet, daß er sofort bei seinem Engagement dem General Del Gado vorgestellt worden wäre.

Das Gericht vernimmt nunmehr den Kapitän Hippelit.

Aufklärung der Tragödie Linde

Von den Verwandten des Rittmeister'schen Linde, der am vorigen Sonntag seinen Sohn und sich im Grunewald bei Berlin erschossen und dessen Frau seit dem 1. April spurlos verschwunden ist, hat die Wortkommission der Berliner Kriminalpolizei erfahren, daß Linde ihnen mitteilt habe, daß er seine Frau bereits am 1. April getötet hätte. Nach den Angaben Lindes sollte die Leiche circa 15 Kilometer von Frankfurt a. O. entfernt und zwar auf einer Halbinsel am Trepiner See verbergt sein. Die Leiche des Vaters wurde daraufhin von Verwandten des Rittmeister'schen Linde mit Spürhunden abgeholt. Außer fand man einen blutbesudelten Damenpompier, später, unter einem Reisighaufen und unter frisch ausgewühlter Erde, die Leiche, die als die der Frau Linde ermittelt werden konnte. Die Leiche wurde bekrönamt.

Der Todesstich im Bett

Die Gewandtheit, noch einen Anker mit ins Bett zu nehmen, brachte einem 50-jährigen Fleischermeister aus Cob S i e b e n w e r b a ins Krankenhaus. Er legte sich im Schlaf so unglücklich auf den Anker, daß sich die Waffe entzündete. Dem Unglücklichen wurden die Leder und die Dämme zerissen.

Abgeforderte Sportfliegerin.

Infolge Motordefektes führte das der F r a n z ö s i s c h e Sportfliegerin Vera von B i l l i n g s g e w ö h n l i c h e Sportflugzeug „D 1622“ in der Höhe vom Rindowsee über den Ort D o m o w i t z die Maschine sich überfliegen und mit der Spitze in die Erde grub, wobei die Pilotin und ihr Begleiter unverletzt. Die Maschine muß abmontiert werden.

150 Dollarmillionen und ein Döser

Die Berliner Kriminalpolizei sucht nach dem Scherz R ä d e r, der von den bescheiden Erben der Familien Emmerich und Klor nach Amerika emigriert worden ist, um dort für die 150 Millionen Dollar, die sie angeblich ausgeteilt erhalten sollen, zu laffieren. Erben ist von den bescheiden Erben mit allen Vermögenswerten und bescheidenen Gehältern ausgerüstet worden, aber seit einiger Zeit spurlos verschwunden. Man vermutet ihn in Berlin.

Wechselfällcher beim „Dochzeitletzer“.

Die Berliner Polizei verhaftete einen Mann, der in verschiedenen Banken verurteilt, einen Scheck von 20 000 Franken einzulösen. Eine Bank, der Zweifel an der Echtheit des Schecks aufgeworfen waren, benachrichtigte die Polizei, die feststellte, daß ein ähnlicher Mann vorher in einer anderen Bank einen Scheck einlösen wollte. Der Mann hatte jedoch seinen Pass gehabt, während der Angekagte einen schönen Vollbart trug. In einer dritten Bank erwiehete man den Mann mit dem Vollbart und stellte fest, daß er schon fünfgerichtig angekleidet war. Man fand bei dem Scheckverfälscher 20 000 Franken und ermittelte auch den Fälscher, bei dem er sich den Bart hatte anheften lassen. Dem hatte der Gauner erzählt, daß er zu einer Dochzeitletzer eingeladen sei und sich mit dem falschen Bart einen Scheck machen wollte!

Südbulgarien in Erdbebenangst

In den letzten Tagen häuften sich in dem alten Südbulgarischen Erdbebenzentrum von T r i p l i a n die Erdbeben, die vielfach von anderen, sehr heftigen unterirdischen Beben begleitet sind. Einzelnen unterirdischen Beben folgten lange Male. Die Bevölkerung ist stark beunruhigt, da sie noch in Erinnerung der Sprengen der kaiserlichen Erdbeben in der Ostsee 1928 lebt.

Die letzte Plage. Nach Meldungen aus Rairo werden Einzel-Baldobis, Unversicherten und Mair von ungeheuren Heilkräuterkocherinnen bedroht. Die Baumkollekte ist in Gefahr.



Bildtelegramm vom Beginn des großen Renscheranprozesses in Hamburg. Der Angeklagte Felix R z a m a s k i (+) bei der Vernehmung. In der Mitte des Richtertisches der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Paul Steinbock.

Auf Verhaltung des Staatsanwalts machte R z a m a s k i später in diesem Punkt Einlassungen. Er wäre nach Barzhan gefahren, um dort dem polnischen Kriegsministerium 2000 Gewehre, Modell 88 für 35 000 Dollar abzugeben.

Nach die Patronen, die später auf der „Falke“ verladen wurden, habe er aus Barzhan bezogen; sie wären oder Eigentum einer Berliner Bank gewesen. Er erklärte R z a m a s k i, daß er niemals geglaubt habe, daß er sich irgendwelche Profiteure gemacht hätte. Wenn er geküßt hätte, sagte er, daß das Schiff in Gefahr kommen könnte, hätte er es nicht aus Weingen ausfahren lassen. Es sei ihm

daß Del Gado der künftige Präsident von Benzejan werden sollte.

Im Übrigen behauptet Kapitän Hippelit die Echtheit der Renscheranprozesse durch die Echtheit, nachdem sie erst von dem Reederei sehr betrie abgelehrt worden wäre. Am 20. August 1929 wäre das Schiff mit der deutschen und benzejanischen Fahne besetzt worden, und die an Bord befindlichen Reolen hätten sich mit Sölden und Piloten besetzt, nach dem Kapitän aber nur den Eindruck einer militärischen Masterebe gemacht haben müßte. Das Bild der Masterebe sei dadurch verollständigigt worden, daß um 10 Uhr der „Waldobene“ Kofalen ging . . .

Was polizeiliche Ermittlungen ergaben:

Nazi-Verbrechen in Hessen

Nationalsozialisten übertreten polizeiliche Verbote, eröffnen Bombardements auf Häuser und verpeigen friedliche Einwohner

Im vergangenen Sonntag haben die Nationalsozialisten in R i c h t s f a d t im Odenwald wieder einen ihrer bekannter

Eintretens von nationalsozialistischer Hand auch ein Kind so schwer getroffen wurde, daß es verlegt zu Boden fiel

Überfälle an die friedliche Bevölkerung verübt. Die polizeilichen Ermittlungen haben zu folgenden Feststellungen geführt: Wie aus den Aufnahmen zu schließen war, hat der Preisführer von R o d o l f M i l l e r in R i c h t s f a d t verurteilt worden, daß er sich gegen die Nationalsozialisten nicht beachtet. Sie machen einen Umzug durch R i c h t s f a d t. Umgekehrt in der Mitte des Ortes machten sie Halt und eröffneten ohne jeden besonderen Anlaß

und vom Plage getroffen werden müßte. Infolgedessen wurden bei dem meiste Überfall sieben Einwohner zum Teil durch Steinwürfe an den Kopf erheblich verletzt. Ein Beweis dafür, daß die Nationalsozialisten diesen Angriff planmäßig vorbereitet haben, bildet der Umstand, daß sie die Polizeistation auf ihren Auftragswegen mitgebracht hatten, über ihrem Köpfen stießen sie im Sprechrohr Drohbriefe aus, wie:

ein Bombardement mit Freitieren gegen einige Häuser

„Mist muß fliegen! Rasch!“

und die auf der Straße lebenden Einwohner. Sie sprangen von den Balkontreppen und schlugen aus die völlig überlastete Bevölkerung mit Lederriemen ein. Ein Zeichen für die beispiellose Rohheit des Auftretens der Nationalsozialisten ist die Tatsache, daß durch einen

Da solche Zusammenstöße, wie sie an verschiedenen Stellen Hessens in letzter Zeit öfter vorkamen, auch für die Zukunft zu befürchten sind, hat der Hessische Innenminister, Leudner, alle nationalsozialistischen Versammlungen im Kreise E r a c h verboten. Ferner hat er ein Verbot des Auftretens der Granatwerfer Nationalsozialisten in Hessen erlassen.

Bereins-Kalender

der Ortsvereins der SPD, Jagdlichen Freizeitsport- und Jugendgruppen im Bezirk Halle-Verwaltung & Sekretariat der SPD, Halle a. S., Burg 42 - 43, Goltzstraße 2 Treppen, Fernruf 21020.

Halle

Freitag, 11. April, besuchen wir geschlossen die Parteiverammlung im Hofgarten. — Sonnabend, den 12. April, treffen wir uns 19 1/2 Uhr am Theaterplatz. Wir werden im Hofgarten nach Sonnenberg. — Am Sonntag, 13. April, treffen wir uns, 8 Uhr mit Rodeo und Kammern, 9 Uhr auf dem Ballmarkt. Wir beteiligen uns selbst offen und helfen an der Begeisterung im Wettin. Die Genossen, die im Besitz eines Fahrzeugs sind, bringen es mit, jeweils Führung einer Fahlerkolonne.

Aus dem Bezirk

Brachstedt, Freitag, den 11. April, 20 Uhr, Sozialer Parteitag. — Sonnabend, den 12. April, treffen wir uns über die politische Lage. Die Genosseninnen und Genossen müssen sich auch persönlich ereignen. Gäste sind freundlich eingeladen.

Bad Liebenwerda, Freitag, den 11. April, 20 Uhr, n. d. Parteifunktionäre Parteiverammlung. — Sonntag, den 12. April, 20 Uhr, n. d. Parteifunktionäre Parteiverammlung. — Sonntag, den 12. April, 20 Uhr, n. d. Parteifunktionäre Parteiverammlung.

Südlicher Klüden, Freitag, den 11. April, abends 8 Uhr, im Hofgarten. — Sonntag, den 12. April, abends 8 Uhr, im Hofgarten.

Ammerort, Sonntag, 12. April, 20 Uhr, Parteitag. Die Genosseninnen und Genossen werden ersucht, sachlich daran teilzunehmen.

Bad Dürrenberg, Sonntag, 12. April, 20 Uhr, im Hofgarten. Die Genosseninnen und Genossen werden ersucht, sachlich daran teilzunehmen.

Bünern, Sonntag, 12. April, 20 Uhr, im Hofgarten. Die Genosseninnen und Genossen werden ersucht, sachlich daran teilzunehmen.

Sömer, Sonntag, 12. April, 20 Uhr, im Hofgarten. Die Genosseninnen und Genossen werden ersucht, sachlich daran teilzunehmen.

Groß-Ragna, Sonntag, 12. April, 20 Uhr, im Hofgarten. Die Genosseninnen und Genossen werden ersucht, sachlich daran teilzunehmen.

Wansleben, Sonntag, 12. April, 20 Uhr, im Hofgarten. Die Genosseninnen und Genossen werden ersucht, sachlich daran teilzunehmen.

Lützen, Sonntag, 12. April, 20 Uhr, im Hofgarten. Die Genosseninnen und Genossen werden ersucht, sachlich daran teilzunehmen.

Kemnitz-Beudorf, Sonntag, 12. April, 20 Uhr, im Hofgarten. Die Genosseninnen und Genossen werden ersucht, sachlich daran teilzunehmen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Sonntag, 12. April, 20 Uhr, im Hofgarten. Die Genosseninnen und Genossen werden ersucht, sachlich daran teilzunehmen.

Ortsgruppe Halle, Sonntag, 12. April, 20 Uhr, im Hofgarten. Die Genosseninnen und Genossen werden ersucht, sachlich daran teilzunehmen.

Derren-Hüte Derren-Mützen, Sonntag, 12. April, 20 Uhr, im Hofgarten. Die Genosseninnen und Genossen werden ersucht, sachlich daran teilzunehmen.

Friedrich Koch, Sonntag, 12. April, 20 Uhr, im Hofgarten. Die Genosseninnen und Genossen werden ersucht, sachlich daran teilzunehmen.

Die kluge Hausfrau, Sonntag, 12. April, 20 Uhr, im Hofgarten. Die Genosseninnen und Genossen werden ersucht, sachlich daran teilzunehmen.

Das gute Kaiser-auszugemehl, Sonntag, 12. April, 20 Uhr, im Hofgarten. Die Genosseninnen und Genossen werden ersucht, sachlich daran teilzunehmen.

Schloßmühle Bad Liebenwerda, Sonntag, 12. April, 20 Uhr, im Hofgarten. Die Genosseninnen und Genossen werden ersucht, sachlich daran teilzunehmen.

Stadttheater

Freitag, den 11. April, 20-22 1/2 Uhr: Die blaue Mazur Operette von Franz Lehár. — Sonnabend, den 12. April, 20-22 1/2 Uhr: Die blaue Mazur Operette von Franz Lehár. — Sonntag, den 13. April, 20-22 1/2 Uhr: Die blaue Mazur Operette von Franz Lehár.

Und abends

Koch's Kunstspiele Ein hervorragendes April-Spielplan! Im Kriemhildes Hof großer Trokadero-Betrieb. — Sonntag, den 12. April, abends 8 Uhr, im Hofgarten.

Größtmutter erprobt, Mutter lobte, Einfeld. — Sonntag, den 12. April, abends 8 Uhr, im Hofgarten.

von Zittel nur. — Sonntag, den 12. April, abends 8 Uhr, im Hofgarten.

Juwelier Tittel Trauringe, Schmuck. — Sonntag, den 12. April, abends 8 Uhr, im Hofgarten.

Otto Bernhardt Möbelhaus Komplette Speisezimmer, Schlafzimmer, Küchen, sowie Einzelmöbel aller Art. — Sonntag, den 12. April, abends 8 Uhr, im Hofgarten.

Kalle a. J. Herrenstr. 19. — Sonntag, den 12. April, abends 8 Uhr, im Hofgarten.

Preiswerte Flügel Westmariken, reiche Auswahl, kleine Raten, Katalog kostenfrei. — Sonntag, den 12. April, abends 8 Uhr, im Hofgarten.

Volia - Mandolin Herrlich erteilt August May, Zerkstraße 10. — Sonntag, den 12. April, abends 8 Uhr, im Hofgarten.

Dankagung techn. Bild- u. Rheumatismustrakt. — Sonntag, den 12. April, abends 8 Uhr, im Hofgarten.

Lumpen Wolle, Knochen, Bettungen lauft. — Sonntag, den 12. April, abends 8 Uhr, im Hofgarten.

Als Osterei „Krawatte“ Blankenstein. — Sonntag, den 12. April, abends 8 Uhr, im Hofgarten.

Walhalla

Nur noch fünf Tage! Die Gianleistungen breiter unerreichter Größen. **Norace Goldin** **Malzer u. Salerno** Dazu die übr. Darbietungen eines ausserordentlichen Programms. Sonntag 16 Uhr: Nachmittags-Vorstellung um 11 Uhr. — Sonntag, den 12. April, abends 8 Uhr, im Hofgarten.

Schillers Garten

Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. **Konzert** Donnerstags ab 8 1/2 Uhr. **Tanz-Tee** Sonntags ab 8 Uhr. **Gesellschafts-Tanz** Eintritt frei! — Sonntag, den 12. April, abends 8 Uhr, im Hofgarten.

Café Freischütz

Inhaber: H. Hartung. **Großes Frühlingsfest im herrlichen Büttenschuck** Ende 4 Uhr. — Sonntag, den 12. April, abends 8 Uhr, im Hofgarten.

Zoologischer Garten

Sonnabend, den 12. April, nachm. 4 Uhr: **Nachm.-Konzert** des Hall. Symphonie-Orchesters. Leitung Benno Plitz. — Sonntag, den 12. April, abends 8 Uhr, im Hofgarten.

Küchen

Naturisoliert, formschön und gediegen, komplett. 185-224-256-285-320-M. — Sonntag, den 12. April, abends 8 Uhr, im Hofgarten.

Für die sparsame Hausfrau

empfehle zum Osterfest **Backartikel** zu besonders billigen Preisen. Gleichzeitig bringe ich meinen ununterbrochenen **Ritter-Kaffee** sowie meine **Kaffee-Haushalt-Mischungen** in empfehlende Erinnerung. **Schokoladen** in großer Auswahl besonders billig. **Otto Noak Inh. Georg Ritter** Gr. Steinstraße 76. — Sonntag, den 12. April, abends 8 Uhr, im Hofgarten.

Ostern in neuer Kleidung

das ist sicher auch Ihr Wunsch. Kommen Sie zu mir, Sie werden gut und preiswert bedient. **Herren-Anzüge** in modernen Farbtonen, beste Paßform. 65,- 58,- 49,- bis 35,-. **Herren-Anzüge** neueste Streifenmuster, in feinsten Verarbeitung. 110,- 98,- 83,- bis 72,-. **Frühjahrs-Mäntel** mit und ohne Ringschnitt, in vielen Mustern, Gabardine und Cheviot. 95,- 83,- 75,- bis 35,-. **Jünglings- u. Knaben-Kleidung** in größter Auswahl, äußerst preiswert. **Oskar Zimmermann** Merseburg, Gotthardstraße 25. — Sonntag, den 12. April, abends 8 Uhr, im Hofgarten.

Auf Kredit

Herrn-Anzüge Serie I 23,- Serie II 33,- Serie III 43,- Serie IV 53,-. 1/2 Anschlag, Wochensatz 3 Mark. **Klingler** Leipzig Str. 11, 1. Etage, Eingang Sandberg. — Sonntag, den 12. April, abends 8 Uhr, im Hofgarten.

Im Volkssport

erhalten Sie täglich preiswert **Wittagsstübchen**. Kleine Anzeigen haben großen Erfolg! — Sonntag, den 12. April, abends 8 Uhr, im Hofgarten.

Ein DHV Hut

WOLLFILZ 4⁵⁰
8° 6° 5° 4°

DIE NEUE GLOCKE

11⁵⁰ 13⁵⁰ 15⁵⁰
REINER HAARFILZ

Smith's Haar
Hygiene-Perücken
Bismarck-Linien 61 - Gr. Wollfilz 47

Holzverkäufe

der Oberförsterei Liebenwerda. 418 im Rieder-Ringgraben I und 21,0 im Rieder-Ringgraben II, sowie 10 im Rieder-Ringgraben III, jeweils 100 Kubikmeter, bestehend in Buchen, Eichen, Kiefer, Fichte, Tanne, Lärche, Kiefer, Fichte, Tanne, Lärche, Kiefer, Fichte, Tanne, Lärche. — Sonntag, den 12. April, abends 8 Uhr, im Hofgarten.

Bekanntmachung

Der Entwurf des Haushaltsplanes des Zweckverbandes Leuna für das Rechnungsjahr 1930/31 liegt in der Zeit vom Sonnabend, dem 12. April, bis Freitag, dem 25. April 1930, während der Dienststunden im Verwaltungsgedäude des Zweckverbandes, Zimmer 26, zur Einsicht aller Verbandsangehörigen aus. — Sonntag, den 12. April, abends 8 Uhr, im Hofgarten.

Unfriertes Gartenbuch

Vollständige Anleitung und ausführliches Handbuch für Gartenfreunde und Berufsgärtner von R. Schüßler. Mit 247 Abbildungen. 450 Seiten stark in Leinen gebunden. **Statt 10,- nur 4,- 90 Pf.** **Volksbuchhandlung Eisleben** Sangerhäuser Straße 26. — Sonntag, den 12. April, abends 8 Uhr, im Hofgarten.

GEMUSE-SAMEN

Moritz Bergmann Leipziger Straße 13, Fernsprecher Nr. 26107. **Verlangen Sie bitte kostenlos meine neue Preisliste!** — Sonntag, den 12. April, abends 8 Uhr, im Hofgarten.

Hüte Mützen

Herrenhut . . . 8,90
Hanshut . . . 18,50
Klapp-Zylinder . . . 0,80
Sportmütze . . . 0,80
Reisemütze . . . 2,00
Ledermütze . . . 7,00
Schlammhüte . . . 2,90
Mastrosenmütze . . . 2,90
Verkaufsstellen in Halle-S. nur **Große Klausstr. 1** **Merseburger Str. 161** **Geiststraße 51** **Rudolf Zenk** **Tapeten, Dekorationen, Polstermöbel** nur eigene Anfertigung. **Anarbeiten und Modernisieren von Polstermöbeln aller Art** zu äußerst mäßigen Preisen. **Ernst Hirschfeld, Tapeziererstr.** Merseburg, Entenplan 6. — Sonntag, den 12. April, abends 8 Uhr, im Hofgarten.

Weber

Diplom-Optiker **Merseburg** Bahnhofstraße 12. **„Was sagt das Zeichen jedem Leser?“** Das ist das Haus der Augengläser! — Sonntag, den 12. April, abends 8 Uhr, im Hofgarten.

Die neuen Straßen

in Halle sind jetzt in einem Nachtrag zusammengestellt, welcher dem bekannten **Verkehrstechnisch. Auskunftsbuch** beigeheftet ist. Preis des Buches 1 M. Zu haben in allen Buchhandlungen und im **Verlag „Volksblatt“** Große Märkerstraße 6. **Das Buch** ist in den Händen des Verkehrsangestellten **ein unentbehrlicher Führer**. — Sonntag, den 12. April, abends 8 Uhr, im Hofgarten.